

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart,  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Preitzeit oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergeltungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Kartelle und Arbeiter.

n. Die christlichen Gewerkschaften in Essen hatten sich  
ngst den Professor Adolf Wagner aus Berlin ver-  
rieben, daß er ihnen einen Vortrag halte über: „Die  
artellierung der Großindustrie und ihre Wir-  
ng auf die Arbeiterverhältnisse“. Der Redner  
gann seinen Vortrag damit, daß er die Professoren der  
ationalökonomie gegen den Vorwurf verwahrte, sie seien  
egner der Unternehmer und würdigten in nicht genügender  
eise die Bedeutung der Unternehmertätigkeit. Nach Pro-  
fessor Wagner ist der Unternehmer „im eminentesten  
inne der erste und bedeutendste Arbeiter auch  
inem Unternehmen“, und weiter meinte er:

„Ich und meine Kollegen unterschätzen in keiner Weise die  
geheure Bedeutung der Unternehmertätigkeit. Je schwieriger  
id größer ein Werk wird und die Aufgaben der Technik  
id der Ökonomie und das Zusammenarbeiten der Kapital-  
äfte, desto mehr muß da eine Autorität und Disziplin be-  
ehen, ohne die ein solches Unternehmen nicht zu denken ist.  
aber werden wir als Theoretiker mit Recht formulieren  
nnen: es muß der Unternehmer eine Stellung einnehmen,  
e ihm eine genügende Autorität über den ganzen Vorgang  
r Gütererzeugung und auch über die bei der Gütererzeugung  
eschäftigten gibt.“

Diese Worte sprach Professor Wagner in Essen, dem Sitze  
r Firma Krupp, des größten industriellen Unternehmens  
r Welt. Inhaber der Firma war bis vor wenig Jahren  
err Friedrich Krupp, ein Mann von Unterdurchschnitts-  
gabung, der sich fast gar nicht um seinen Betrieb küm-  
erte; jetzt gehört das Unternehmen seiner Tochter Berta,  
r man wohl nicht zu nahe tritt, wenn man behauptet, daß  
r jüngste Handlanger ihres Unternehmens mehr als dessen  
nhaberin von dem Betrieb versteht. Wo ist hier der Unter-  
hmer als der „im eminentesten Sinne erste und bedeutendste  
rbeiter im Unternehmen“? Und wo ist er bei den großen  
ndustriellen Kleinunternehmen, deren Mägnisse in aller  
elt verstreut sind und die ihre „Unternehmertätigkeit“ er-  
illt haben, wenn sie die fällige Dividende einziehen? Wo  
t der Unternehmer bei den kleinen und großen Genossen-  
schaften der Arbeiter, die zugleich ein Beweis dafür sind,  
ie Autorität und Disziplin auch ohne die Persönlichkeit  
s Unternehmers bestehen können, wie die Interessengemein-  
schaft, das Solidaritätsgefühl und die Gleichberechtigung  
gar viel bessere Bürgschaften für Ordnung und Wohl-  
gehen sind, als die Willkür und der Eigennuß des Privat-  
nternehmers?

Professor Wagner zeigte sodann, daß der Großbetrieb,  
sonders bei Eisen und Kohle, wirkliche Vorteile hervor-  
ringe, auch für den Arbeiter. „Auf der einen Seite bilden  
ch kolossale Einkommen aus den Unternehmungen und da-  
it Vermögen; auf der anderen Seite werden wir unbedingt  
gen können: die Arbeiterschaft ist besser bezahlt als ihre  
äter und Großväter.“ Ohne Zweifel ist der Geldlohn des  
rbeiters gegen früher gestiegen. Warum sagt aber Pro-  
fessor Wagner seinen Zuhörern nicht, daß demgegenüber der  
aufwert des Geldes wesentlich abgenommen hat, daß der  
rbeiter also seine Bedürfnisse — erinnert sei nur an die  
Miete und die Mehrzahl der Lebensmittel — wesentlich  
wer bezahlen muß, so daß der höhere Lohn für ihn wenig  
der gar keinen Vorteil bedeutet. Und dann, Professor  
Wagner erwähnt es nachher selber, ist in viel höherem Maße  
s der Arbeitslohn das Einkommen und Vermögen der  
apitalisten gestiegen, so daß also jedenfalls der Abstand  
wischen hoch und niedrig größer und damit der allgemeine  
ebensstand der Masse geringer ist im Verhältnis zu früher.

„Der kapitalistische Unternehmerstand“, so führte Professor  
Wagner weiter aus, „ist heute außerordentlich überlegen  
egenüber der Gesamtheit und vollends gegenüber dem  
ngelnen. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß das, was  
nan in der modernen Volkswirtschaft den „freien Ar-  
beitsvertrag“ nennt, im Grunde eine Fiktion,  
lso etwas Eingebildetes ist. Wenn Tausende von Arbeitern  
auf der einen Seite und wenige Unternehmer auf der anderen  
Seite stehen, so ist klar, daß Licht und Schatten nicht gleich  
verteilt sind. Vollends die Masse der Arbeiter ist in  
ngünstiger Lage gegenüber der Klasse kapita-  
listischer Unternehmer. Diese können sich über Ar-  
beits- und Lohnverhältnisse untereinander verabreden, die  
Arbeiter müssen das öffentlich tun. Daher kann man mit  
Recht sagen: in einer Zeit des großen Betriebs ist auch der  
reie Arbeitsvertrag im Interesse der Arbeiter nicht als aus-

reichend gesichert anzusehen. Der Arbeiter ist nicht in der  
Lage, frei zu wählen, wie die Arbeits- und Lohnbedingungen  
zu gestalten sind, er muß im wesentlichen die vom Unternehmer  
festgesetzten Bedingungen annehmen, die freilich so gestaltet  
sein können, daß der Arbeiter leidlich zufrieden sein kann.“

Nach dieser im allgemeinen (bis auf den Schlusssatz) zu-  
treffenden Darlegung vom Wesen des heutigen Arbeits-  
vertrags kam Professor Wagner auf das Verhältnis der  
Kartelle zu den Arbeitern zu sprechen, wobei er den Satz  
aufstellte, daß sich mit der Kartellierung die Lage der  
Arbeiter verschlechtert habe. Wer den Unternehmern  
das Recht der Kartellierung zugestehet, dürfe es den Ar-  
beitern nicht verweigern; an Stelle des individuellen müsse  
der kollektive Arbeitsvertrag treten:

„Die Organisationen der Arbeiter müssen mit den Organi-  
sationen der Unternehmer Kollektivverträge festsetzen. Wir  
wollen, daß von dem Reichtum, der aus den Kartellen fließt,  
auch dem Handarbeiter ein berechtigter Teil zufällt. Wir  
wollen den Arbeitstag nicht maßlos kürzen, aber wir  
wollen, daß die Gesundheit der Bevölkerung geschont wird.  
Was das Erreichbare und Nichtige auf diesen Gebieten ist, das  
soll nicht einseitig von den Arbeitgebern allein festgesetzt  
werden; dazu sollen Organisationen der Arbeiter mit denen  
der Unternehmer paktieren. Wenn von Unternehmenseite ge-  
sagt wurde: niemals werden wir uns mit solchen organi-  
sierten Arbeitern einlassen! — nun, dann sage ich: schon  
mancher Monarch hat das auch gesagt; der russische Zar  
— wie lange ist's her? — erklärte, nichts von der Auto-  
kratie preiszugeben, und jetzt hat er's doch gemußt.“

Das klingt sehr radikal von dem Herrn Professor, und  
man versteht es, daß die „Rheinische Zeitung“, das rheinische  
Unternehmerblatt, es bei diesen Worten mit dem Gruseln  
bekommt und meint, ein vergleichender Hinweis auf die  
jüngsten Vorgänge in Rußland sei für Arbeiterkreise aus  
solchem Munde nicht angebracht, das sollten Unversitäts-  
professoren, die auf nationalem Boden stehen, den sozial-  
demokratischen Versammlungsrednern überlassen. Der arme  
Professor! Was ist es denn Großes, das er fordert: das  
Recht der Kartellierung, das bereits vierzig Jahre gesetzlich fest-  
liegt und von dem die Arbeiter bereits ebensoviele Ge-  
brauch machen; Einigungsämter, Arbeitsämter und derlei  
Einrichtungen, die so wenig am Bestande der kapitalistischen  
„Ordnung“ ändern, daß sie zu den Lieblingsforderungen  
bürgerlicher Sozialreformer und zum Haupttagtations-  
material der liberalen Arbeiterpolitik gehören. Und wohl-  
weislich läßt der Herr Professor seinen eigenen Wünsche in  
sorgsamem Verstecken; er rührt nicht näher, zu ver-  
stehen, daß die Unternehmerversitätlichkeit für das Gedeihen  
des Betriebs unentbehrlich, daß also an der Ausbeutung  
der Masse durch die Besitzenden im Wesen nichts zu ändern  
sei, höchstens im Grade; der Arbeitstag soll verkürzt werden,  
aber maßvoll, der Lohn soll steigen, aber nur in berechtigten  
Grenzen — und was dergleichen liebevolle Sätze mit den  
einschränkenden Zusätzen mehr sind.

Professor Wagner führt im Laufe seines Vortrags wieder-  
holt den Oberscharfmacher Rindorf als seinen Gegenspieler  
an, der den Arbeitern das Recht der Organisation bestreitet  
und es als eine entehrende Zumutung ablehnt, mit Arbeiter-  
organisationen zu verhandeln. Nun ist es schließlich keine  
allzu große Ehre und auch kein allzu großes Risiko für einen  
preussischen Professor, wenn er in dieser Beziehung sich in  
Gegensatz zu dem brutalsten Vertreter des brutalen Scharf-  
machertums stellt, und es zeugt für die Rückständigkeit der  
christlichen Organisationen, wenn sie die professorale Weis-  
heit bestaunen als ein erlösendes Evangelium, wenn sie den  
klaffenden Widerspruch nicht merken, der da liegt zwischen  
den radikal klingenden Sätzen der Theorie und den schwachen  
Forderungen der Praxis. In seinem Schlußwort beschwor  
Professor Wagner noch einmal die christlichen Arbeiter, unter  
keinen Umständen „die Unternehmertätigkeit zu unterschätzen,  
besonders nicht die betriebsorganisatorische Tätigkeit des  
Unternehmers und die Gefahren, unter denen er seine Be-  
triebsmittel erworben hat“. (Siehe Fräulein Berta Krupp!)  
Dann schloß er:

„Stellen Sie sich nicht auf den Standpunkt des  
sozialdemokratischen Arbeiters, der tut, als ob es  
sich nur um seine Interessen handle. Gehen Sie nicht so  
weit, zu sagen, die Arbeiter sind das Volk. Es gibt auch  
andere Teile des Volkes, die ebenso wichtige Teile sind  
wie die Arbeiter. Es gilt das Interesse des Ganzen, das  
nationale Interesse. Da ergibt sich auch die Anerkennung  
von berechtigten Forderungen der Arbeiter, aber auch nur

im Rahmen des Gesamtinteresses. Dahin gehört zum Bei-  
spiel die Bemessung der Arbeitszeit, die Höhe der Löhne.  
Alles das darf nur im Rahmen des Gesamtinteresses  
gelöst werden. Ob sich Ihre berechtigten Forderungen in  
dem Maße durchführen lassen, wie Sie wünschen, das hängt  
von dem Wettbewerb, von dem Weltmarkt ab. Da  
Maß zu halten, ist Aufgabe einer richtigen Arbeiterbewe-  
gung. Erzielen Sie auf diesem Wege bessere Löhne und  
bessere Arbeitszeit, so erzielen Sie das zum Vorteil der  
ganzen Nation. In Ihrer Bewegung freut es mich, daß Sie  
auf nationalem Boden stehen. Da finden wir uns alle  
wieder. Geben Sie dem Kaiser, was des Kaisers ist. Heute  
wird jeder Pfennig Steuer wesentlich in hohem nationalen  
Interesse verwendet. Wir müssen Opfer bringen, auch in  
der Arbeiterklasse muß das eingesehen werden. Nur wenn  
wir Sicherheit in nationaler Hinsicht haben, können wir ein  
gesundes Nationalleben besitzen.“

Diese Schlusssätze machen alles reichlich wieder gut, was  
vorher der Herr Professor in einigen kühnen Sätzen etwa  
hätte sündigen können. Nur maßvoll, damit es dem Unter-  
nehmer nicht wehe tut! Und immer national, so daß es  
dem Vater Staat nicht an Mitteln für Militarismus,  
Marinismus und Weltpolitik gebricht! Und nur nicht allein  
an die Arbeiter gedacht, die Junker sind auch da, die da  
in „nationalen Gesamtinteresse“ verlangen, daß ihnen das  
arbeitende Volk die Taschen füllt. Das ist die Art, wie  
Professoren die deutschen Arbeiter mit Kraft und Begeiste-  
rung im Kampfe um ihre Rechte fällen!

Und derselbe Mann, der den Arbeitern die übergroße  
Macht der Unternehmertartelle nicht beweglich genug schildern  
kann, ruft im selben Atem die Arbeiter wider die Ar-  
beiter auf, hemmt ihren Zusammenschluß und schwächt  
ihre Reihen. Die christlichen Arbeiterschädlinge, die liberalen  
Zersplitterer drückt er an sein nationales Herz und fängt  
sie ein für seine konservative Klassenpolitik.

So groß auch das Bemühen unserer Professoren ist, Un-  
fug und Unheil zu stiften, wo sie sich ins öffentliche Leben  
wägen, der Arbeiterbewegung gegenüber, deren Entwicklung  
auf der Macht der Tatsachen beruht, erweisen sich zum  
Glücke die Professorenschullen auf die Dauer als ebenso  
machtlos wie die Scharfmacherstreiche.

## Aus den bayerischen Gewerbeinspektions- berichten für das Jahr 1905.

Unter besonderer Berücksichtigung der Holzindustrie.

Nach den vor kurzem erschienenen „Jahresberichten der  
Königlich Bayerischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren usw.  
für das Jahr 1905“ waren im letzten Jahre 100 530 Be-  
triebe der bayerischen Gewerbeinspektion unterstellt: 7679  
Fabriken, 12798 Motorenbetriebe, 17940 Betriebe, für welche  
besondere Bundesratsvorschriften bestehen, sogenannte Ver-  
ordnungsbetriebe, und 62 118 reine Handwerksbetriebe. Es  
ist bemerkenswert, daß die Handwerksbetriebe um 420, die  
Motorbetriebe um 97 abgenommen haben gegen das Vor-  
jahr, „weil es sich in den kleinen und kleinsten Betrieben  
nicht mehr verlohnte, fremde Arbeiter zu beschäftigen“. Wer-  
langt man nach noch deutlicheren Zeichen der Konzentration  
der Kapitalmacht, als sie hier in einer Zeit allgemein gün-  
stigen Geschäftsgangs zutage treten?

Von den Betrieben wurden 5650 Fabriken (73,58 Pro-  
zent), 3730 Motorbetriebe (29,14 Prozent), 2020 Verordnungs-  
betriebe (11,26 Prozent), 3522 Handwerksbetriebe (5,67 Pro-  
zent) und 6752 Betriebe, welche ständig mehr als fünf  
Arbeiter beschäftigen, gleich 49,38 Prozent dieser Anlagen  
revidiert. In den sämtlichen revidierten Betrieben befanden  
sich 52,63 Prozent aller in den Katastern vorgetragenen Ar-  
beiter. — Alles in allem: befriedigen kann diese Revisions-  
ziffer keineswegs.

Holzindustriebetriebe unterstanden der Gewerbeinspektion  
im Jahre 1905 insgesamt 11 639 (1904: 11 737), davon 1481  
(1466) mit mehr als 5 Gehilfen. Beschäftigt waren in sämt-  
lichen Holzindustriebetrieben 54 204 (51 249) Arbeiter, davon  
männliche 6074 (5554) unter und 42 448 (40 256) über 16 Jahre,  
weibliche 736 (561) unter und 4951 (4878) über 16 Jahre.  
Der größere Teil dieser Arbeiter steht noch außerhalb  
unserer Organisation.

Im allgemeinen war der Geschäftsgang gut, demgemäß  
war große Nachfrage nach Arbeitskräften, und fast überall  
machte sich eine steigende Lohnbewegung bemerkbar, die von  
den Gewerkschaften kräftig und zielbewußt unterstützt wurde.

Von allen Gewerbeinspektoren wird über wirtschaftliche  
Erfolge der Gewerkschaften berichtet, alle Aufsichtsbeamten



berichten aber auch über eine trotzdem sich bemerklich machende Verschlechterung der Existenzverhältnisse der Arbeiterklasse. So sagt der Beamte für Oberbayern, daß „eine Reihe von Lebensmitteln eine teilweise sehr erhebliche Preissteigerung erfahren (haben), wodurch in den Städten wie auf dem Lande vielfach eine Verschlechterung der Lebenshaltung bewirkt wurde; hierbei ist von den Arbeitern in manchen Landbezirken mit Recht beklagt worden, daß sie Preise zahlen müßten wie in der Großstadt, die Qualität der Lebensmittel, besonders des Fleisches, aber eine geringere sei“. Fleisch, Kartoffeln und Gemüse sind im Preise ganz bedeutend gestiegen. „Im Zusammenhang mit der Steigerung der Lebensmittelpreise steht die Zunahme des Pferdefleischkonsums in München von 2568 Stück im Vorjahr auf 2875 Stück im Berichtsjahre; allerdings blieben die Preise für Pferdefleisch ziemlich unverändert.“ In dem Bericht für den Regierungsbezirk Oberpfalz heißt es: „Die erhöhten Lebensmittelpreise wogen zum großen Teil aber die stattgefundenen Lohn-erhöhungen auf, während bei der übrigen Arbeiterbevölkerung (die keine Lohnaufbesserung erzielte) eine wesentlich vermehrte Ausgabe (also eine Existenzverschlechterung) eintrat.“ In Oberfranken dürfte trotz der erzielten Lohnaufbesserungen „bei den allwärts gestiegenen Kosten der Lebenshaltung eine Besserung der Ernährungsverhältnisse der Arbeiter nicht Platz gegriffen haben. Der Preis für das Pfund Ochsenfleisch ist in Bamberg innerhalb der letzten fünf Jahre von 70 auf 76 Pf. gestiegen, für das Schweinefleisch von 64 auf 77 Pf.; in Bayreuth kostet das Pfund Ochsenfleisch 72 Pf. gegen 62 Pf. im Jahre 1901, das Schweinefleisch 80 Pf. gegen 68 Pf. im genannten Jahre. Noch größer sind die Preissteigerungen in den kleineren Industrie-städten des Ausschichtsbezirkes, zum Beispiel in Selb, wo die Preise für das Pfund Ochsen- und Schweinefleisch von 66 beziehungsweise 70 Pf. im Jahre 1901 sich auf 80 beziehungsweise 90 Pf. im Jahre 1905 erhöht haben. Als Folge dieser Preissteigerung ist die große Zunahme des Verbrauchs an Pferdefleisch zu beobachten; während zum Beispiel in Bamberg bis zum Jahre 1903 Pferde nicht geschlachtet wurden, kamen im Jahre 1903 bereits rund 300 Zentner Pferdefleisch zum Verkauf, im Jahre 1904 rund 850 Zentner, im Jahre 1905 1400 Zentner. In Bayreuth stieg der Verbrauch von Pferdefleisch von 124 Zentner im Jahre 1901 auf 840 Zentner im Jahre 1905; in Hof innerhalb der gleichen Zeit von 520 auf 880 Zentner.“ Über dieselbe Erscheinung der unglücklicheren Gestaltung der Lebenshaltung trotz erfolgreicher Lohnbewegungen der Arbeiter berichten auch die Beamten von Mittel- und Unterfranken, und der Beamte für Schwaben sagt, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung sich „trotz des Aufschwungs der Industrie und des stetigen Anstiegs der Löhne bei der Teuerung aller Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände nicht bessern (konnten). Das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Warenpreisen wurde drückend empfunden. Im Berichtsjahr ist ein Rückgang der Pferdeschlachtungen in der Stadt Augsburg zu verzeichnen. Dieser Rückgang hat wohl seinen Grund darin, daß im Jahre 1905 im Ausschichtsbezirk sechs Pferdeschlächtereien — eine mit Motorbetrieb — neu entstanden sind und die Besitzer dieser Schlächtereien und Pferdehändler an brauchbaren Tieren aufkauften, was in Augsburg und Umgebung zu erlangen war. Die Fleischpreise und die Preise für Pferdefleischwaren sind gegen das Vorjahr unverändert geblieben; eine Verteuerung der Pferdefleischwärfte ist jedoch immerhin eingetreten, nämlich insofern, als die einzelnen Würste gegen früher erheblich kleiner hergestellt werden. Während im Vorjahr von den drei Augsburger Pferdemehlgern 532 Pferde im Gesamtgewicht von 108 400 Kilo Fleisch geschlachtet worden, betrug im Berichtsjahr nur mehr 2 Pferdemehlgern das Gesamte um über ein im ganzen 423 Pferde mit einem Gesamtgewicht von 84 600 Kilo schlachten, demnach 109 Pferde und 21 800 Kilo Fleisch weniger. Das Kilo Fleisch wird um 60 Pf. und bessere Teile (Nenden) um 80 Pf. in Augsburg verkauft. In der Stadt Kempten, in welcher im Berichtsjahr um 12 Stück Pferde weniger geschlachtet wurden als im Vorjahr, kostet das Kilo Fleisch 40 Pf., ein bevorzugtes Stück 50 Pf. Die übrigen Fleischsorten sind im Berichtsjahr im Preise erheblich gestiegen.“

Welch ein Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik, daß sogar schon die Zahl der schlachtfähigen Pferde sich im Rückgang befindet. Zu der Schweineernte eine Pferdenot! Wo mit sollen Deutschlands Proletarier ihr Fleischbedürfnis befriedigen, wenn sogar die Pferdeschlächter ihren Betrieb einstellen müssen, weil es an Schlachtwiege fehlt? Wie glücklich müssen sich die christlichen Gewerkschaftsführer fühlen, die Kurzscheid, Giesberts und Konforten, die sich seinerzeit mit Macht für den Brotwucher ins Zeug gelegt haben, wenn sie sehen, wie dem deutschen Arbeiter nach und nach der Brotkorb immer höher gehängt, wie für ihn sogar das Pferdefleisch zur Delikatesse wird!

Im Berichtsjahr ist im Auftrag des Reichsversicherungsamtes in der oberfränkischen Hausindustrie eine Erhebung über die Verhältnisse dieser Industrie vorgenommen worden. Da und auch in den übrigen bayerischen Hausindustriebezirken findet eine nach dem Kinderschutzgesetz unzulässige Beschäftigung der Kinder statt. So wurden von den Zündholzschachtelmacherinnen in Lechhausen und Friedberg Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren mit zur Arbeit herangezogen, 10 Kinder von 8 bis 10 Jahren wurden entweder schon vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt oder bekamen nicht die vorgeschriebene zweistündige Mittagspause und die einstündige Nachmittagspause, oder sie wurden noch des Abends lang beschäftigt; in vier Fällen wurde festgestellt, daß Kinder über 10 Jahren schon vor 8 Uhr morgens beschäftigt und daß ihnen nicht die vorgeschriebenen Pausen gewährt wurden. In der unterfränkischen, hausindustriell betriebenen Korb-

flechterei werden ebenfalls eigene Kinder beschäftigt. „Die Kontrolle ist in diesen Betrieben naturgemäß, auch mit Rücksicht auf den Saisoncharakter, eine erschwerte, und es wird für die volle Durchführung des Gesetzes noch der tatkräftigsten Mithilfe der Lehrerschaft bedürfen“, sagt der Bericht.

Auch in Oberfranken nimmt die Beschäftigung eigener Kinder in den verschiedenen Hausindustrien des Bezirks einen breiten Raum ein. Nach den angestellten Ermittlungen sind allein im Fichtelgebirge und in der Stadt Bayreuth mit dem Einfädeln von Perlen zu Schnüren Hunderte von Kindern jeden Alters beschäftigt, und müssen dieselben häufig bis tief in die Nacht hinein arbeiten. Schon vom dritten Lebensjahr ab werden die Kleinsten angehalten, mehr spielend, der Mutter und den älteren Geschwistern zu helfen und den geringen Tagesverdienst von 50 bis 60 Pf. um einige Pfennige zu erhöhen. Und aus Niederbayern wird über vorübergehende Tätigkeit der Kinder in der Korbflechterei berichtet. Bei Erhebungen in Fürth wurde gefunden, daß 238 Kinder in zu geringem Alter oder mit verbotenen Arbeiten, also überhaupt in unzulässiger Weise, 52 über die zulässige Arbeitsdauer und 122 in zulässiger Weise, jedoch zum Teil ohne Arbeitskarte beschäftigt werden. Zweifellos ist aber, wie der oberfränkische Beamte sagt, die ungesekliche Kinderarbeit noch viel stärker verbreitet, als festgestellt werden kann. Denn die Kontrolle sei eben sehr schwierig und versage bei der mit derselben betrauten Ortspolizei gänzlich.

Die Beschränkungen und Verbote in der Beschäftigung von Kindern werden, wie der mittelfränkische Beamte sagt, sorgfältig von den Eltern sehr beklagt. Daher kommt es wohl auch, daß in der oberfränkischen Hausindustrie die Besuche der Beamtin hin und wieder Befremden und zum Teil Mißtrauen erwecken.

Häufig wurden auch Kinder unter dem gesetzlichen Alter in Fabriken beschäftigt. In einem Sägewerk im Bezirk Schwaben wurden sogar ein 10jähriger Knabe und ein 15jähriges Mädchen, die Kinder des Sägewerbesitzers, an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt vorgefunden. (Schluß folgt.)

**Minderjährige Unfallverletzte.**

Früh schon kommt der junge Proletar mit unserer sozialpolitischen Gesetzgebung in Berührung. Während die Söhne der Reichen noch zur Schule gehen, Studien treiben, um demaldest mit zerhacktem Gesicht Wissenschaft zu treiben, der Leidenen oder unfundigen Menschheit ein „Verater“ zu sein, muß der junge Prolet schon den Kampf ums Dasein aufnehmen. Völlig gesezesunföndig tritt er aber in das Leben ein, da ihn unsere Volksschule geflüffentlich von allem ferngehalten hat, was er im praktischen Leben in erster Linie braucht. — Gesezeskenntnis! Der Schreinerlehrling von heute weiß ganz genau, in welcher Zeit „unsere Fürsten“ regiert haben, wann Pipin der Kleine, Große oder Dicke selig verstorben ist, die Lehrlingschutzparagrafen oder Titel 7 der Gewerbeordnung ist ihm unbekannt. Daß er auf Grund seines Arbeits- oder Lehrverhältnisses Mitglied einer Krankenkasse, Invaliden- oder Unfallversicherung geworden ist, wird ihm später erst nach und nach klar. Die ältere Generation ist aber oft nicht kundiger in der Gesezgebung, so daß ihm der Vater oder Vormund in solchen Fragen auch kein Berater sein kann. Solange nun noch der junge Mann im Hause oder Wohnung seines Vaters sich befindet, geht die Sache einigermaßen noch an. Die Mehrzahl unserer Arbeiter verläßt aber nach vollendeter Lehrzeit das Arbeitsverhältnis, „Watersstadt“ usw., um freimüßlich oder unfreimüßlich die weite Welt kennen zu lernen. Mit dem Lehrgeld und dem bestimmten Arbeitsbuch, der Sammelnummer usw. in dem Künzel führt der junge Holzarbeiter von heute in die Ferne. Er ist mit Erlaubnis seines Vaters, Vormundes usw. abgereißt und tritt selbständig überall auf; ist als minderjähriger Arbeiter nicht weiter behindert. Beim Abschluß eines Arbeitsverhältnisses nimmt man keinen Anstoß an seiner Jugend, die man sogar oftmals als zur besseren Ausbeutung eher geeignet begrüßt. Der Minderjährige ist rechtsfähig, kann selbständig Arbeitsverträge abschließen, dieselben auflösen und den rentitenten Unternehmer gerichtlich belangen. Versucht man ihn deshalb abzuweisen, weil er noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat, als Minderjähriger durch Eltern oder Vormund vertreten sein müße, so beruft er sich auf die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesezbuchs, welches in seinem § 118 besagt: daß er nach erfolgter Ermächtigung seines gesetzlichen Vertreters „in Dienst oder in Arbeit“ treten konnte, daher auch als „Minderjähriger für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig ist, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen“.

Ist der minderjährige Arbeiter also im Arbeitsvertrag ziemlich frei gestellt, so kann er dies im Falle einer Verletzung nicht sagen. Er ist völlig dem Willen des Vaters oder Vormundes preisgegeben. Ein Beispiel: Der Holzarbeiter Schulke verläßt nach beendeter Lehrzeit das „Elternhaus“, wie man fälschlich die Mietwohnung der Eltern noch bezeichnet, und geht in die weite Welt hinaus. In Hamburg arbeitet er emsig, wechselt je nach den Verhältnissen das Arbeitsverhältnis, klagt den Meister am Gewerbegericht auf Lohn, Entschädigung usw. ein, läßt ihn pfänden usw. Der junge Mann fühlt sich frei und freut sich, nicht immer bei jeder Gelegenheit dem gesezesunföndigen Vater, die alte Mutter oder mütterlichen Vormund im Heimatort um Hilfe anrufen zu müssen. Anders bei einem Unfall: Der junge Mann geriet in die Hobelmaschine und verliert zwei Finger

der Hand. Mit mehr oder weniger Eile nimmt nun der Werkmeister den Unfall zu „Protokoll“ und wird auch bei der Anmeldung des Falles der Behörde und der Berufsgenossenschaft mitgeteilt, daß der Verletzte erst 19 Jahre alt sei, daher als Minderjähriger durch seine Eltern oder Vormund im Hessenlande vertreten würde. Nach mehremönatiger Kur im Krankenhaus versucht der Verletzte nun wieder Arbeit zu finden. In vielen Fällen hat er aber Pech, da die Unternehmer nach der verstümmelten Hand die minderwertige Arbeitskraft taxieren. Minderjährig und minderwertig!

Während nun der Verletzte nach Arbeit sucht, sich mit niedrigem Lohne in der Not zufriednen gibt, erhalten die Eltern oder Vormund dieselben zu Hause den Rentenbescheid von der Berufsgenossenschaft zugestellt. Gesezesunföndig legen viele Eltern nun achtlos diese hochwichtigen Bescheide beiseite, kümmern sich nicht um die Höhe des der Rente zugrunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes, um die Höhe der Rente selbst. Oftmals ist ihnen auch die Adresse ihres verletzten Sohnes unbekannt, können sich daher nicht mit ihm über die Sache in Verbindung setzen. Manchmal ist der minderjährige Verletzte mit seinen Eltern usw. zerfallen, im Unfrieden wegen Familienverhältnissen, politischer oder Verbandsangelegenheiten in die weite Welt gegangen. Die Eltern hören dann erst von der Berufsgenossenschaft, daß ihr Sohn einen Unfall erlitten habe, erschrecken aus dem lakonischen Bescheid aber gar nicht, ob die gebotene Rente auch im richtigen Verhältnis zu der erlittenen Verletzung steht, der Lohn richtig angenommen, die Rente selbst zeitig angewiesen wurde. Minderjährige Unfallverletzte warten und warten da gesezesunföndig auf den Rentenbescheid, fragen dann bei der Berufsgenossenschaft schriftlich danach und erhalten zu ihrem Schreck die Antwort, daß die Eltern, der Vormund usw. den Bescheid schon vor Monaten zugestellt erhalten haben. Inzwischen ist aber der Rentenbescheid rechtskräftig geworden, da der Vater des Verletzten keine Berufung dagegen eingelegt hatte. Unbewußt hat die Unkenntnis der Eltern den minderjährigen Verletzten oft für das ganze Leben lang geschädigt, wenn der Bescheid ein niedriges Jahreslohn und Rente entfaltete hatte, inwieweit Rechtskraft erlangte. Was nutzt es da den Verletzten, wenn er auch an die Berufsgenossenschaft schreibt, daß er doch verletzt sei, deshalb auch erwartet hätte, daß man ihm den Rentenbescheid zustellen würde. Er erhält entweder gar keine oder die lakonische Antwort, daß die Berufsgenossenschaft genau nach dem Buchstaben des Gesezes gehandelt habe, als sie dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen den Rentenbescheid erteilt habe.

Die Rente soll aber eine Entschädigung für den Unfall sein, ein Ersatz für entgangenen Arbeitslohn usw. Der minderjährige Verletzte müßt sich nun zum Beispiel in Hamburg ab, als Tischler sein Brot weiter zu verdienen, muß als Krüppel für weniger Lohn arbeiten, hat aber dieselben Bedürfnisse als früher. Die Unfallrente, die doch für ihn ein Ersatz, Entschädigung sein soll, erhält aber sein Vater oder Vormund im Hessenland allmonatlich ausgezahlt. In den Fällen, wo der Verletzte nun zum Beispiel der Ernährer einer alten Mutter gewesen wäre hätte dieses Verhältnis noch einen Sinn. Er kann jetzt als Krüppel keine Unterstützung der Mutter senden, freut sich, daß diese wenigstens allmonatlich die Unfallrente einziehen kann. Trifft dies aber nicht zu, so erhalten die Eltern, der Vormund usw. Renten ausgezahlt, die für sie gar nicht bestimmt sind, während der Krüppel in der Fremde hungert!

Selten wird es dem Verletzten später gelingen, den Vormund wenigstens haftbar für den Schaden zu machen, da dieser ihn aus der lakonischen Berufung zugeflüßt hatte. Bei erlangter Volljährigkeit müßt sich eben der Verletzte mit der niedrigen Rente zufriednen geben, die ohne sein Verschulden rechtskräftig früher festgesetzt wurde.

Minderjährige Verletzte sind deshalb manchmal übel dran. Sie sollten sich aber desto mehr um ihre Rente bestimmen, rechtzeitig Aufklärung verlangen, damit ihr Schaden nicht noch größer wird.

**Die Lage der Holzarbeiter auf den Hamburger Werften.**

N. Die deutschen Werften stehen bei den meisten Arbeitern in einem mehr oder minder schlechten Ansehen. Das liegt nicht allein an der miserablen Entlohnung und langen Arbeitszeit, die als eine regelte überhaupt kaum bezeichnet werden kann, sondern es ist nicht zuletzt das nackte, brutale kapitalistische System, das dem Arbeiter in diesen Betrieben in seiner ganzen Häßlichkeit entgegentritt und ihm das Arbeiten dort verleidet. Dieses System zeichnet sich dadurch aus, daß es die Person und Individualität des einzelnen Arbeiters mißachtet, gewissermaßen als ein Stück Betriebsinventar betrachtet und die Abstumpfung und Erdröbung jedes Selbstbewußtseins im Gefolge hat. Ein Heer von Aufsichtsbearbeitem, Antreiber und wie diese „Vorgesetzten“ sonst noch genannt werden mögen, müßt sich ab, in möglichst barscher, wogenerfender, verlethender Form den Arbeiter seine Beachtung fühlen zu lassen und — leider — haben diese Herrschaften bei ihrem Treiben das erhabene Bewußtsein, im Geiste und nach dem Wunsche ihrer Brotgeber zu handeln. Und das sind teilweise dieselben „liberalen“ Politiker, die der Sozialdemokratie vorwerfen, daß ihre demokratischen Grundsätze zur Massenherrschaft führten und dadurch die individuelle Entwicklung der Menschheit bedroht wäre. — Vergleichen wir die Löhne unserer Werfttischler mit denen der in der Stadt beschäftigten Kollegen, so ergibt sich eine Differenz von 12 bis 15 Pf. pro Stunde und bei einzelnen Branchen noch darüber hinaus. Während in Hamburg laut Vertrag der Mindestlohn für Parkettleger 70 Pf., für Bauanschläger 65 Pf. und für alle übrigen Tischler einschließlich der Maschinenarbeiter 55 Pf. pro Stunde beträgt,



Tabelle I. a. Schiffstischler.

Table with columns for Firma, Beschäftigten, Lebensalter, Beschäftigungsart, Zahl der Überstunden 1905, Krankheitsfälle 1905, and Arbeitslosigkeitsfälle 1905. Rows include firms like Blohm & Voß, Reichert, and others.

Tabelle II. a. Schiffstischler.

Table with columns for Firma, Zahl der Beschäftigten, vereinbarter Stundenlohn in Pfennigen, Durchschnittsverdienst bei, and Jahresverdienst 1905. Rows include firms like Blohm & Voß, Reichert, and others.

steht der Durchschnittslohn der Werfttischler auf 48 Pf. pro Stunde. Vor zirka drei Jahren war eine Differenz von 10 Pf. vorhanden, indem damals der Durchschnittslohn der Möbelstischler 48 Pf., derjenige der Werfttischler 38 Pf. betrug.

Soviel steht fest, daß die Zeit, wo die Werftarbeiter sich gedulbig unter das Joch einer skrupellosen, heutzutage Unternehmerrlieue beugten, endgültig vorüber ist. Für sie gilt heute: Wir wollen Laten sehen.

Zum Verbandstag.

Mit dem Entwurf zur Einführung der Krankenunterstützung, den der Vorstand veröffentlicht hat, ist Kollege R. Schmidt in Köln durchaus nicht einverstanden. Er gibt zu, daß mit 10 Pf. Beitrag nicht mehr geleistet werden kann.

Besonders auffällig erscheinen die Angaben über die Überstunden. Das ist einer der größten Krebsgeschäden, unter dem die Werftarbeiterzeitung zu leiden hat. Die Lage des Hamburger Hafens ist so, daß die Arbeiter meist sehr weite Wege bis zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben.

Kollege Ritter in Münster i. W. macht auf einige Unstimmigkeiten in der Vorlage des Vorstandes aufmerksam. Der Vorstand sagt in seiner Begründung, daß Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nicht gegeneinander aufgerechnet werden sollen.

träge zu zahlen. Bei Einführung der Krankenunterstützung werden die Kollegen in den kleineren Städten, die jetzt eifrig bestrebt sind, ihre Lage zu verbessern, teilweise nicht dazu kommen, ihre Absicht auszuführen.

Kollege Gustav Haupt\* in Bielefeld ist mit der Methode, die der Vorstand eingeschlagen hat, um die Krankenunterstützungsfrage in Fluss zu bringen, nicht einverstanden, er erkennt aber an, daß die Frage zu prinzipiellen Bedenken keinen Anlaß mehr bietet.

Kollege Ludwig Rentner\* in Chemnitz tritt für die Einführung der Krankenunterstützung ein, die er auch als wichtiges Agitationsmittel betrachtet. Er möchte aber die Aufmerksamkeit des Verbandstags hauptsächlich auf das Herbergswesen lenken, welches an vielen Orten sehr im argen liegt.

Kollege Richard Weinhöld\* in Leipzig legt Wert auf die Feststellung der Tatsache, daß er im Gegensatz zu der Stellungnahme einer Leipziger Mitgliederversammlung für die Einführung der Krankenunterstützung eintritt.

Mit der Einführung einer Krankenunterstützung an sich ist Kollege Paschka in Rabenau einverstanden, er wendet sich aber entschieden gegen die im § 47 der Vorlage des Vorstandes vorgesehene Karenzzeit.

Die Zahlstelle Rempten\* erklärte sich in einer von 190 Kollegen besuchten Mitgliederversammlung mit der Beitragserhöhung auf 50 Pf. und der Einführung der Krankenunterstützung voll und ganz einverstanden.

In Neustadt a. Orla sprach sich die Mitgliederversammlung für Erhöhung des Beitrags auf 40 Pf. zu Kampfgeworden, aber in Rücksicht auf die dadurch zu erwartenden Mitgliederverluste gegen die Krankenunterstützung aus.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Die Beratung des Kolonialrats im Reichstag, welche eine Reihe von Sitzungen in Anspruch nahm, gab Gelegenheit, die Kulturaten der Regierungsvertreter in Afrika in die hellste Beleuchtung zu rücken.



es die deutschen Kulturträger auch in den anderen Kolonien. Nicht nur, daß man die Eingeborenen zwingt, für die Weißen zu arbeiten, man sucht ihnen auch durch nicht zu knapp bemessene Prügel den deutschen Patriotismus einzublenzen. Und dann wundert man sich, wenn die Unterdrückten schließlich zu den Waffen greifen, um sich ihrer Peiniger zu erwehren. Der ganze Kolonialrummel kostet dem deutschen Volke ein Heiden Geld, ganz abgesehen von den Blutsopfern, die gebracht werden müssen, um die Aufstände niederzuschlagen, welche durch die verkehrte Wirtschaft hervorgerufen wurden. Einen Nutzen ziehen aus der Kolonialpolitik und den Kolonialkriegen nur einige große Unternehmer, wie die Reberfirma Wörmann in Hamburg und die Firma Tappelskirch, an welcher der preussische Landwirtschaftsminister v. Podbielski in hervorragendem Maße beteiligt ist. Trotz des Fiaskos der deutschen Kolonialpolitik ist die Reichstagsmehrheit dermaßen kolonialbegeistert, daß sie allen Anforderungen für die Kolonien zustimmt, und es nur knapp möglich war, eine Resolution durchzubringen, welche eine sofortige Abjüngung der mit der Firma Tappelskirch abgeschlossenen Verträge verlangt, welche dieser Firma ganz unverhältnismäßig hohe Profite sicherte.

Die Forderung der Regierung, das Kolonialamt, welches bisher dem Reichsamt des Äußern unterstand, zu einem selbständigen Reichsamt zu machen, bereitete der ausschlaggebenden Zentrumspartei schweres Unbehagen. Obwohl sich das Zentrum scharf gegen die Forderung ausgesprochen hatte, sorgte es doch für die Annahme derselben, indem ein großer Teil seiner Mitglieder der entscheidenden Sitzung fernblieb. Von den anwesenden stimmten sogar einige für die Vorlage, während sich mehrere der Abstimmung enthielten. Durch die Bewilligung des Staatssekretärs für die Kolonien ist der Kolonialpolitik der Regierung ein Vertrauensvotum ausgesprochen worden, mit welchem die Mehrheit des Volkes schwerlich einverstanden sein dürfte.

In engem Zusammenhang mit der Kolonialpolitik steht die deutsche Flottenpolitik. Der Ausbau der Flotte ist zurzeit das Steckenpferd, das in hohen Regionen geritten wird, und die bürgerlichen Parteien wettern in der Bewilligung ungezählter Millionen, die nutzlos ins Wasser geworfen werden. Ist es doch die große Masse des Volkes, welches die Kosten aufbringt, während man sich vor einer stärkeren Belastung der Weisenden durch Einführung einer Reichsvermögenssteuer sorgsam hütet. Sogar die Freisinnigen sind Freunde der Flottenvorlage geworden, und es tat ihnen in der Seele weh, daß sie mit den Sozialdemokraten gegen das Flottengesetz stimmen mußten, weil man ihre etatsrechtlichen Bedenken nicht zerstreut hatte.

Bei der Beratung des Marineetats nahm Genosse Legien Veranlassung, die Zustände auf den kaiserlichen Werften zu schildern, die nichts weniger als Musterbetriebe sind. Der Staatssekretär v. Tirpitz antwortete in schneidiger Weise, die sicher den Beifall aller Scharfmacher finden wird. Arbeiterorganisationen will der Staatssekretär nicht anerkennen; deren Eingreifen kann, wie er sich ausdrückte, nur veranlassen, daß die Regierung bei der Verbesserung der Lage der Arbeiter noch vorsichtiger, wird als sie es ohnehin schon ist. Dabei kann doch die in dieser Beziehung geübte Vorsicht und Rücksichtnahme auf die Wünsche der Scharfmacher in der Privatindustrie kaum weiter getrieben werden. Nach Ansicht des Herrn v. Tirpitz ist zum Beispiel die Frage der Einführung des Neunstundentags auf den Werften so schwierig, daß es höchst umständlicher und zeitraubender Erhebungen bedarf, um die Angelegenheit in Fluss zu bringen. Sehr berechtigt war dem gegenüber der Genosse Legiens, daß die deutschen Metallarbeiter keine Hilfe finden werden.

Nicht besser wie in den Werftstätten der Marine sind die Zustände in den Militärwerftstätten, welche wie alljährlich so auch diesmal wieder Genosse Zubeil einer scharfen Kritik unterzog. Wie berechtigt diese Klagen sind, geht unter anderem daraus hervor, daß selbst der konservative Tischlermeister Pauli aus Potsdam, dem man besondere Sympathie für die Bestrebungen der Arbeiterchaft nicht nachsagen wird, sich genötigt sah, das gleiche Thema in einer zweifelhafte Rede zu behandeln. Ob das Vorbringen der Beschwerden den gewünschten Erfolg haben wird, ist freilich zu bezweifeln, der Regierungsvertreter, der darauf zu antworten hatte, ist nämlich der Meinung, daß die Militärwerftstätten in bezug auf Wohlfahrtspflege und Gesundheitschutz vorbildlich sind. — Mit diesen Fragen geht es ebenso wie mit dem besprochenen Kapitel der Soldatenmishandlungen, welches auch diesmal wieder bei der Beratung des Militäretats eine eingehende Behandlung fand. Die Regierung sagt Verbesserungen zu, legt auch wohl eine für den Zweck zurechtgestutzte Statistik vor, durch welche die tatsächlich eingetretene Verbesserung bewiesen werden soll, und — alles bleibt beim alten.

Am 5. April ging der Reichstag in die Osterferien, nachdem er zuvor noch den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes erledigt hatte. Die Diskussion über den Marokkohanbel und die Konferenz in Algieras wurde wesentlich beeinträchtigt durch eine plötzliche Erkrankung des Reichskanzlers, welcher die Beratung mit einer ziemlich nüchternen Rede eingeleitet hatte. Während der Rede Hebel's, der den Marokkohanbel und die Rolle, die Deutschland dabei spielte, einer scharfen Kritik unterzog, fiel der Reichskanzler in eine tiefe Ohnmacht. Die Sitzung wurde infolgedessen für kurze Zeit unterbrochen, und die weiteren Verhandlungen litten unter der durch den Zwischenfall hervorgerufenen Aufregung.

Arbeitersekretariate existierten Anfang 1906 insgesamt 74 gegen 54 zu Beginn von 1905. Der Zugang beträgt 23. Es sind dies die Sekretariate in: Aachen, Bant-Wilhelmsbaven, Bamern, Bielefeld, Charlottenburg, Chemnitz, Dessau, Dresden, Elberfeld, Forst i. L., Fürth, Gamm in Weitz,

Karlsruhe, Koburg, Kolmar, Kottbus, Krefeld, Kottoc, Striegau, Wiesbaden, Wolgast, Worms und Wunnefeld. Das Sekretariat in Göttingen ging ein, die in Altona und Herseloh wurden vereinigt mit denen in Hamburg bzw. Lüdenscheid.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Konstanz wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J. einen Lokalbeitrag von 15 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Von der anlässlich der Heimarbeitausstellung von uns herausgegebenen Schrift „Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie“ haben wir noch einen kleinen Vorrat, den wir den Mitgliedern zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stellen. Gegen Voreinsendung von 50 Pf. pro Exemplar (nur für Verbandsmitglieder) liefern wir die Broschüre portofrei.

Im Druck befindet sich nunmehr auch das Protokoll von der Konferenz der Klavierarbeiter; dasselbe erscheint unter dem Titel „Die Lage und Organisation der Klavierarbeiter“ und soll unter den Mitgliedern dieser Branche gratis verteilt werden. Wir ersuchen, die Bestellungen hiernach umgehend an uns gelangen zu lassen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 170965 Peter Kunz, Tischler, geb. 30. 5. 80 zu Schneppenhausen.
- 174715 Gustav Wink, Schreiner, geb. 22. 2. 81 zu Speyer.
- 217409 Richard Buchhaus, Tischler, geb. 14. 2. 57 zu Dresden.
- 237229 Wilh. Wilmel, Tischler, geb. 26. 7. 86 zu Prizhwal.
- 255585 Aug. Franke, Maschinenarb., geb. 5. 8. 85 zu Ober-Scheibendorf.
- 279756 A. Kleinschmid, Tischler, geb. 27. 5. 88 zu Plauen b. Dr. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstand.

### Konferenz des Gaues Breslau.

Nachdem unsere Konferenz, die anfangs für den 18. März festgesetzt war, wegen der an diesem Tage stattfindenden Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlsystem verschoben werden mußte, fand dieselbe am 24. und 25. März in Breslau statt. Von 36 Zahlstellen waren vertreten 33 durch 47 Delegierte. Nicht vertreten waren Bissa, Krotoschin und Schmiebederg. Als Vertreter des Hauptverbandes war Kollege Becker-Stuttgart anwesend. Der Gauvorstand war vollständig vertreten.

Aus dem Bericht des Gauvorstandes für die Jahre 1904 und 1905 ist folgendes zu entnehmen: Sitzungen fanden 26 statt. Der schriftliche Verkehr mit den Zahlstellen war ein äußerst reger, während sich die Posteingänge auf 1748 Sendungen beliefen, bezug die Zahl der Ausgänge 8125. Ortsbesuche wurden 580 ausgeführt, womit 419 Versammlungen verbunden waren. Die Zahl der Zahlstellen erhöhte sich von 30 auf 36. Während 8 neue Zahlstellen gegründet wurden, mußten 2, Erdmannsdorf und Oppeln, aufgelöst werden. Die Zahl der Mitglieder stieg von 3800 auf circa 7200. Lohnbewegungen fanden in den zwei Jahren 95 statt, an denen insgesamt 8604 Personen beteiligt waren. Davon entfallen auf Angriffsbewegungen 50 mit 7402 Personen, von denen wiederum 17 mit 1443 Personen mit Streik und 33 mit 5959 beteiligten Personen ohne Streik durchgeführt wurden. — Abwehrbewegungen waren 45 mit 1202 beteiligten Personen zu verzeichnen, von denen 19 mit 760 beteiligten mit Streik und 26 mit 442 beteiligten Personen ohne Streik erledigt wurden. Erreicht wurde durch die Lohnbewegungen für 7175 Personen eine Lohnerhöhung pro Person und Woche von 14 Pf. für 17 5 Personen eine Arbeitsvermehrung pro Person und Woche von 3 1/2 Stunden.

Alle drei auf dem Gantag gehaltenen Referate: 1. „Agitation“ vom Gauvorsteher; 2. „Beitragshöhung und Krankenunterstützung“ von Bergmann-Breslau; 3. „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“ von Becker-Stuttgart förderten eine lebhafte Aussprache zutage.

Zum Punkt „Beitragshöhung und Krankenunterstützung“ sprachen sich alle Redner zunächst dahin aus, daß eine Abschwächung der Lohnkämpfe wegen Mangel an Mitteln auf keinen Fall stattfinden dürfe, aus welchem Grunde aber eine Beitragshöhung unumgänglich notwendig sei. Eine vom Kollegen Bergmann eingebrachte Resolution, wonach darauf hingearbeitet werden sollte, damit später Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung verwandelt werde, fand nur 16 Stimmen Unterstützung, während sich für das in Nr. 12 der „Solzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Vorstandsprojekt 24 Stimmen fanden, 3 Stimmen erklärten sich gegen Einführung der Krankenunterstützung.

Von den aus dem Gau zum Verbandstag gestellten Anträge wurde beschlossen, nur diejenigen zu unterstützen, die auf Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf. unter Einführung der Krankenunterstützung abzielen, und ferner diejenigen, die die Anstellung eines besoldeten Beamten für Oberschlesien oder die Provinz wollen.

Der Geist, der die Delegierten der Konferenz besellte, läßt auch auf ferneres gutes Gedeihen unserer Organisation hoffen.

### Die Gaukonferenz des Gaues Nürnberg

fand am 3. und 4. März in Ansbach statt. Den Bericht der Gauverwaltung gab Kollege Stein. Er wies unter anderem auf die Organisationsverhältnisse im Gau hin, die, wenn sie auch besser sind wie im Jahre 1904, doch noch eifriger Arbeit bedürfen, um sie so zu gestalten, wie es die kommenden Kämpfe erfordern. Doch kann immerhin gesagt werden, daß es auch hier vorwärts geht. In den beiden letzten Jahren wurden 13 neue Zahlstellen gegründet, und die Mitgliederzahl ist von 4000 auf 7000 gestiegen. Besonderer Nachdruck muß darauf gelegt werden, die Kollegen auf dem flachen Lande der Organisation zuzuführen, um bei den Bewegungen in den Städten den Zug vom Lande wirksam fernhalten zu können. Besonders die Oberpfalz erfordert noch eine gründliche Bearbeitung, um die dortigen Kollegen zur Solidarität zu erziehen. An den Bericht knüpfte sich eine rege Diskussion.

Hierauf referierte Kollege Reipart über „Taktik bei Lohnbewegungen“. Er wies darauf hin, daß die Kämpfe, die wir zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage durchzuführen haben, immer mehr an Schärfe zunehmen, und wir daher allen Anlaß haben, unsere Taktik so einzurichten, daß auch den Aussperrungsgelüsten des Unternehmertums wirksam entgegengetreten werden kann. Der Kleinriegel, der dem Arbeiter oft mehr schadet als nützt, soll soviel als möglich vermieden und hauptsächlich auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Gewicht gelegt werden.

In der anschließenden Diskussion erklärten sich eine Anzahl Kollegen im großen und ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; nur einige wünschten bei Maßregelungen und Streitarbeit eine andere Taktik. In seinem Schlusswort wies Kollege Reipart nach, daß die Taktik, die in den angeführten Fällen gewünscht werde, nicht immer durchführbar sei, sondern daß dieselbe auch in den meisten Fällen den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden müsse. Die Klage einiger Vertreter aus kleinen Zahlstellen, daß der Hauptvorstand diesen gegenüber mit der Bewilligung von Lohnkämpfen zurückhaltender sei als in den Fällen, wo es sich um größere Zahlstellen handelt, erklärte Reipart als nicht berechtigt; das beweist die Menge von Lohnbewegungen, die auch kleinen Zahlstellen bewilligt wurden. Und wenn der Vorstand hier nicht immer mit beiden Füßen hineinspringt, so liegt es an den Verhältnissen, die zur Vorsicht mahnen.

Über die Aufgaben des kommenden Verbandstags sprach Kollege Stein. Er begründete insbesondere die vom Vorstand beantragte Beitragshöhung und die Einführung der Krankenunterstützung. In der Diskussion erklärten sich hauptsächlich die Vertreter der kleineren Zahlstellen für die Einführung der Krankenunterstützung. Eine Anzahl Kollegen aus größeren Zahlstellen waren mit der Erhöhung des Beitrags einverstanden, wünschten aber, daß der erhöhte Beitrag lediglich zu Kampfszwecken verwendet werden möge. In der Abstimmung wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung mit 28 gegen 8 Stimmen angenommen. Ein Antrag der Zahlstelle Fürth, die Änderung des § 4 Absatz d betreffend, wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag derselben Zahlstelle: Dem Hauptvorstand die Abhaltung einer Maschinen- und Sägearbeiterkonferenz nahe zulegen. Der Antrag der Gauverwaltung, die nächste Konferenz mehr im Mittelpunkt des Gaues abzuhalten, fand Annahme; die Wahl des Ortes bleibt der Gauverwaltung überlassen. Zu weiterer erfolgreicher Arbeit auffordernd, schloß Kollege Stein die Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Solzarbeiterverband.

### Korrespondenzen.

**Mittwasser.** Im vorigen Jahre schon haben wir auf die in der Holzwarenfabrik vormals Gebr. Schmidchen bestehenden Zustände hingewiesen, doch ist infolge der großen Laueheit der dort beschäftigten Kollegen nichts zur Besserung der miserablen Zustände getan worden. Bei einigen Zusammenhalt ließen sich Mißstände, wie sie bei Schmidchen bestehen, sehr leicht beseitigen, aber leider sind die Kollegen immer noch nicht für uns zu haben, und so wird eben fortgemurrt. Herr Schmidchen hat sich eine Behandlung der Arbeiter angewöhnt, die jeder Beschreibung spottet. Ausdrücke wie „ich hau' euch nächstens mit dem Knüttel über den Schädel“, oder „man muß euch behandeln wie dumme Jungen“ usw. sind an der Tagesordnung. Für circa 75 männliche Arbeiter steht ein einziger Abort zur Verfügung, daneben für die etwa gleiche Zahl weiblicher ebenfalls ein Abort. Der Zustand, in welchem sich die Bedürfnisanstalten befinden, spottet jeder Beschreibung. Für die Fabrikinspektion liegt hier ein weites Arbeitsfeld offen. In einem Raume, in welchem 15 Kollegen arbeiten, ist kein Ofen vorhanden, Trinkwasser ist ebenfalls nicht zu haben; Fenster dürfen nach einer Seite nicht geöffnet werden, wer es trotzdem macht, der fliegt. Die Arbeitsräume lassen auch sonst noch sehr viel zu wünschen übrig. Sonabendts ist um 5 1/2 Uhr Feierabend, dann müssen die Arbeiter, Männerlein und Weiblein, hübsch nebeneinander auf der Treppe warten, bis es dem geizigen Herrn Direktor beliebt, um 6 Uhr den Lohn auszuzahlen. Und was für „Böhne“! 12 und 13 Mt. sind keine Seltenheit. Kollegen, rafft euch endlich einmal auf, besucht die Versammlungen, rüttelt die uns Fernstehenden auf, damit sie sich uns anschließen. Einzeln seid ihr nichts, vereint aber eine Macht. Tretet dem Deutschen Solzarbeiterverband bei, dann werdet auch ihr menschenwürdige Zustände bekommen.

**Bierstadt.** An die hier durchreisenden Kollegen richten wir das Ersuchen, sich zuvor bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, ehe sie Arbeit annehmen. Ganz besonders warnen wir vor der Musterwerkstätte des Herrn Mayer in der Privatstraße, der es ausgezeichnet versteht, seine Arbeiter zu schikanieren. Jede Woche werden dort Leute eingestellt und die meist sehr enttäuscht sind, wenn sie am darauffolgenden Samstag entlassen werden, weil angeblich keine Arbeit mehr vorhanden sei. Sehr bedauerlich ist der schlechte Besuch unserer Versammlungen, deshalb rufen wir den Kollegen zu, meidet die Klubbvereine, kümmert euch um eure Gewerkschaft und besucht die Versammlungen, damit ihr in Stande seid, eure Interessen wirksam zu vertreten.

**Bonn.** Am 24. März sprach hier der Kollege Kunisch aus Düsseldorf über das Thema: „Welchen Einfluß hat die Organisation auf unser Lohn- und Arbeitsverhältnis?“ In der gleichen Versammlung referierte auch unser Bevollmächtigter Kollege Förg über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Holzarbeiter“. Beide Redner ernteten für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. Angesichts des Umstandes, daß sich die Kollegen bei der Firma Streck im Auslande befinden, ist es besonders nötig, daß dem Verband Leben die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Durch gemeinsame Arbeit wird es auch uns gelingen, hier bessere Zustände herbeizuführen.

**Bruck v. München.** Nach einem Vortrag des Kollegen Albrecht-München wurde hier am 22. Februar eine Zahlstelle gegründet. Es hat lange gedauert, bis es der Organisation möglich wurde, hier festen Fuß zu fassen, denn die Gleichgültigkeit der Kollegen schien unüberwindlich. Daß die Arbeitsbedingungen unter diesen Verhältnissen keine rosigen sind, ist erklärlich. Die Arbeitszeit beträgt 60 bis 63 Stunden bei einem Stundenlohn von 25 Pf. und weniger. — Als die „Christlichen“ sahen, daß unser Verband im Begriff war, hier eine Zahlstelle zu gründen, erschienen auch



auf dem Plan. Aber ihre Mühe war vergeblich, ganze ei Mann kamen in ihre Versammlung; nur der Anwesent der feierorganisierten Arbeiter hatte es der Referent zu nken, daß er wenigstens seine Liebe los werden konnte. it was für Mitteln die Christen arbeiten, ist daraus erhtlich, daß der Kooperator Böhmer dem Vorsitzenden der ifigen Zahlstelle des Maurerverbandes den Vorschlag machte, it allen Mitgliedern zum christlichen Verband überzutreten.

Unsere Mitgliederversammlungen finden an jedem ersten ontag im Monat statt. Die Kollegen werden ersucht, stets llählig zu erscheinen.

**Dresden.** Am 18. März fand im Volkshaus eine öffent- he Modellischer Versammlung statt, in welcher die hrlingszüchterei scharf kritisiert wurde. Besonders wurde vorgehoben, daß man sich der Zehlinge mehr annehmen le, um sie zu tüchtigen Kollegen in der Werkstatt wie auch r Verband heranzuziehen, denn nur mit gut geschulten rbandskollegen können wir unsere Lage verbessern. Unter erkflattangelegenheiten kam unter anderem ein Fall zur rache, welcher sich in der Modellfabrik von Heß in esden-Bieschen zugetragen hat. Dort sind zwei Kollegen hlich entlassen worden. Als nach dem Grund gefragt rde, da meinte Herr Heß zu dem einen: „Sie sprechen ir zu laut.“ und bei dem anderen wußte er überhaupt chts zu sagen. Hier steht man wieder einmal, wie rigoros r Unternehmer mit den Arbeitern umspringt. Nur eine amme Organisation kann hier Ordnung schaffen und mit esem Herrn einmal ein ernstes Wort reden. Nachdem der rthigende noch die Anwesenden aufforderte, mit allen äften für den Verband zu arbeiten und die Arbeiterpresse lesen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Hannover.** (Pantinenmacher.) Am 31. März be- schlossen die Pantinenmacher in der Sektionsversammlung n 29. April, vormittags 11 Uhr, in Hannover im Gewer- jastshaus, Calenbergerstr. 31/32, eine Delegiertenversamm- lung stattfinden zu lassen. Die Kollegen in den umliegenden rten, die sich daran beteiligen wollen, werden ersucht, zu eser Versammlung Delegierte zu senden. Einige Orte rben schon ihre Beteiligung zugesagt. Die Kollegen werden such, einen Bericht dem Kollegen R. Sperling, Hannover, rnst Auguststr. 6 II — auch diese Orte, die sich nicht daran stelligen können —, das heißt über die örtlichen Ver- htnisse in unserer Branche einzusenden. Auf die Tages- ordnung werden folgende Punkte gesetzt: 1. Die Lage in rser Branche. 2. Ist es möglich, für unser Gewerbe nen einheitlichen Tarif einzuführen? 3. Organisation und gitation. 4. Anträge. — Kollegen, der Versammlung wird r ihrer Wichtigkeit wohl jeder Kollege mit Interesse ent- egengehen. Darum ist es notwendig, daß die Kollegen aus n beteiligten Orten einen Delegierten senden. Ein eingehender rricht folgt in der nächsten Nummer.

**Mannheim.** Die Darstellung, die wir in Nr. 10 unseres lattes von den Vorgängen anlässlich des Streiks bei der ima Brenneis gegeben haben, wird vom Kollegen Weigel m Vorsitzenden der Mannheimer Zahlstelle des Glaser- rverbandes in einer an uns gerichteten Zuschrift in rgender Weise berichtet: Es ist nicht wahr, daß die Ar- eit schon zur Hälfte fertiggestellt war. Gegenüber der Be- auptung, es sei Aussicht vorhanden gewesen, das erstrebte iel ohne Streit zu erreichen, sei darauf hingewiesen, daß er, der die Firma Brenneis kennt, auch weiß, daß dort hne Gewalt überhaupt nichts zu erringen ist. Die üble usnahme der Empfehlung des Genossen Rehsfeldt, die Ar- eit ohne Zugeständnisse wieder aufzunehmen, ist erklärlich, enn man bedenkt, daß den Arbeitern gesagt wurde: „Die aubande soll machen, daß sie hinauskommen!“ In der Ver- mmlung am 13. Januar hat Genosse Rehsfeldt, nachdem er Streit proklamiert war, gesagt: „So, jetzt ist meine itellung eine andere.“ Es ist ferner unwahr, daß in der mbinierten Sitzung der Lokalverwaltungen beschlossen urde, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu mpfehlen. Unwahr ist auch die Behauptung, daß in den yzten Tagen des Streiks nichts erreicht wurde; es wurde ielmehr zu den Akkordsätzen eine Lohnerhöhung von 2 Pf. ür Glaser und Holzarbeiter sofort und weitere 3 Pf. ab 1. April bewilligt.

Hierzu schreibt uns Kollege Rehsfeldt: Daß die Arbeit u dem angegebenen Zeitpunkt zur Hälfte fertig war, hat enosse Weigel ebenjotig gesehen wie ich. Er weiß, daß ie Windrahmen schon fix und fertig waren und daß das flügelholz von der Maschine fertig war; das ist doch wohl unbestens die Hälfte der Arbeit. Wie berechtigt meine Mahnung war, die Arbeit wieder aufzunehmen, da ohne Streit das gleiche erreicht würde, das haben die letzten ochen zur Genüge bewiesen. Brenneis ist durch diesen Streit nicht anders geworden und wird auch nicht anders rden, selbst wenn noch länger gestreikt wurde. Meine ußerung in der fraglichen Versammlung lautete wörtlich: Wenn Sie heute abend den Streit beschließen, dann müssen ir erst Stellung dazu nehmen.“ Die mir in den Mund egelegten Worte kann ich schon deshalb nicht gebraucht haben, eil ich gar nicht mehr in der Glaserversammlung anwesend ar, als dort der Streit beschlossen wurde. Wie Genosse eigel bestreiten kann, daß ein Beschluß, den Streikenden ie Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, gefaßt worden wäre, ist mir unbegreiflich, denn tatsächlich war kein einziges orstandsmittglied für die Weiterführung des Streiks, und lle waren damit einverstanden, daß den Streikenden mpfohlen werde, die Arbeit aufzunehmen. Wie berechtigt eine Behauptung war, daß in den letzten acht Tagen nichts rreicht wurde, geht schon daraus hervor, daß von den da- mals Streikenden nur noch einige Kollegen dort sind, und ie neu eingestellten Arbeiter dürften wohl von der Lohn- aufbesserung wenig gespürt haben.

**Ober.** Die von uns in Nr. 10 über die Korbmacherwerk- stalt des Herrn Barthel gebrachte Notiz entspricht in keinem Punkte den Tatsachen, wie Herr Barthel selbst berichtend feststellt und die Goslarer Ortsverwaltung uns bestätigt. Wir müssen bedauern, daß es immer noch Kollegen gibt, die unsere Zeitung zu unrichtiger Berichterstattung mißbrauchen, sowie daß es noch Ortsverwaltungen gibt, welche diese Kol- legen bei ihrer unwahrhaftigen und leichtfertigen Bericht- erstattung unterstützen. Selbstverständlich nehmen wir alle gegen Herrn Barthel gerichteten Ausführungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zur.

**Stede.** Seit einiger Zeit pulsiert wieder ein frischeres eben in unserer Zahlstelle. Zu wünschen wäre nur, daß

nun auch die Kollegen vollzählig in den Versammlungen er- scheinen und sich an den dort gepflogenen Diskussionen be- teiligen. Dagegen ist es durchaus nicht erforderlich, daß einzelne Mitglieder in den Versammlungen danach streben, möglichst oft ihr Glaubensbekenntnis abzulegen. Im Gegen- teil, das ist höchst überflüssig und würde am besten ganz vermieden, denn zur Diskussion religiöser Fragen ist unser Verband nicht da. Alles, was geeignet ist, Mißhelligkeiten unter den Kollegen zu erregen, muß aus den Versamm- lungen ferngehalten werden; jeder muß bestrebt sein, nach Kräften zu agitieren, damit auch der letzte Holzarbeiter der Organisation zugeführt wird. — In der letzten Mitglieder- versammlung wurde die Frage der Beitragserhöhung dis- kutiert, und erklärte sich die Versammlung ein- stimmig für die Einführung der Krankenunter- stützung und Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf.

**Stuttgart.** (Maschinenarbeiter.) In der General- versammlung unserer Sektion ist bekanntlich beschloffen worden, der Einladung der Nürnberger Kollegen Folge zu leisten. Nunmehr ist von der Nürnberger Sektionsverwaltung ein Programm aufgestellt worden, nach welchem Samstag den 30. Juni, abends 8 Uhr, eine Besprechung innerhalb der Sektion stattfindet. Sonntag den 1. Juli findet um 10 Uhr gemeinsamer Besuch der Landesausstellung statt, hierauf ge- selliges Beisammensein. Diejenigen Kollegen, welche am Sonntag wieder abreisen, besichtigen die Stadt morgens, vor dem Besuch der Ausstellung, die übrigen verwenden hierzu den Montag, an welchem auch ein Besuch in Jülich vorgesehen ist. Wir laden nun die Kollegen in Stuttgart- Gannstatt und den anderen Zahlstellen ein, sich an diesem Ausflug zu beteiligen; auch die Schreiner sind willkommen. Um etwaigen Wünschen, eventuell auch solchen in bezug auf die Tagesordnung der geplanten Besprechung Rechnung tragen zu können, müssen dieselben recht bald, spätestens aber bis 1. Mai der Sektionsverwaltung zur Kenntnis gebracht werden.

**Wald.** Trozdem hier eine Sektion der Stockarbeiter be- steht, halten es viele Kollegen nicht für nötig, in den Ver- sammlungen zu erscheinen. Das muß anders werden, wenn wir an eine Besserung unserer hier besonders erbärmlichen Lage denken wollen. Ein jeder Kollege ist unbedingt ver- pflichtet, mitzuarbeiten, damit es auch hier möglich ist, in absehbarer Zeit bessere Verhältnisse zu schaffen. Die zu- reisenden Kollegen werden gebeten, bei der hiesigen Ver- waltung nähere Erkundigungen einzuziehen. Manche bittere Enttäuschung würde ihnen dadurch erspart bleiben.

**Waldshut.** Unsere neu gegründete Zahlstelle macht gute Fortschritte, trozdem wir von gegnerischer Seite aufs heftigste bekämpft werden. Wir erwarten nur auch mehr Unter- stützung von den auswärtigen Kollegen. Alle zugereisten Kollegen mögen doch, ehe sie nach Arbeit umschauen, in Waldshut im „Scheffelhof“ und in Zhtengen in der „Stroh- eker Wirtschaft“ unsere Verbandspalate ansehen und bei den Verwaltungspersonen Erkundigungen über die Arbeitsverhält- nisse einziehen, damit sie sich selber vor Mißhelligkeiten schützen.

**Werneiskirchen.** Ein merkwürdiges Resultat zeitigte die Einmischung auf die Schreinerarbeiten für den Saal des städtischen Lokals in dem benachbarten Sigen. Es waren Offerten eingegangen, die 2000, 1760, 1600 und — 900 Mk. forderten. Als Mindestfordernder erhielt Herr Aug. Klüg- berg den Zuschlag. Da dieser Herr sich doch offenbar nicht um die Arbeit beworben hat, um an ihr Geld zuzusehen, sondern troz des weiten Abstandes seiner Forderung, von der seiner Konkurrenten noch verdienen will, so kann man sich denken, daß in seinem Betrieb nicht gerade die vorstigen Zustände herrschen. Tatsächlich beträgt auch die Arbeitszeit noch 11 Stunden, und die Löhne sind miserabel; drei Kol- legen erhalten 33 Pf. Stundenlohn, während der vierte, der als Liebling des Meisters gilt, erzählt, daß er 5 Mk. pro Tag verdiene, was ihm freilich niemand glaubt. Recht fatal ist es, daß Herr Klügberg oft nicht in der Lage ist, den Lohn pünktlich zu zahlen. Er hat wohl die Einrichtung ge- troffen, nur alle 14 Tage einen Abschlag zu gewähren, aber oft genug ist der Meister nicht zu finden, wenn dieser Ab- schlag fällig ist, oder es ist gar nicht vorhanden. Daß die Wesenen bis auf seinen Liebling organisiert sind, ist Herrn Klügberg natürlich sehr unangenehm, er hat des- halb den Kollegen, den er im Verdacht hatte, der Agitator zu sein, gemahngelt. Kann man auch die Entfernung aus einer solchen Bude nicht als besonderes Unglück betrachten, so sollte eine solche Maßregelung doch den Kollegen ein An- sporn sein, fest zusammenzuhalten und für den weiteren Ausbau des Verbandes zu wirken.

**Wilkau.** Unsere Zahlstelle geht augenscheinlich den Krebs- gang. Kollegen, ist das nicht ein beschämender Zustand? Mithalten macht der Verband Fortschritte, führt er Be- wegungen zur Verbesserung der Lebenslage der Kollegen durch, nur hier in Wilkau können wir nicht vorwärts kommen. Wie gern würde der Verband auch hier helfend eingreifen, wenn die Kollegen nur etwas mehr Interesse für die Sache zeigen wollten. Kollegen, heutzutage fliegen einem die ge- bratenen Tauben nicht ins Maul hinein, heute muß man fleißig in der Organisation mitarbeiten, wenn es besser werden soll. Betätigt euch also mehr in der Organisation, und die Erfolge werden nicht ausbleiben.

### Unsere Lohnbewegung.

Zugug ist fernzuhalten von:

**Tischlern nach Altenberg-Geyssing** (Diestelhorst), Baiken (Töpper & Gell), Braunschweig (Planof- ortefabrik Zeiter & Winkelmann), Briegl, Sch., Gbthen, Dannenberg a. S., Darmstadt, Gisleben (G. Berger), Gbing, Fischbach im Taunus (Schmidt), Frank- furt a. O., Fürstenwalde a. Spree, Greifenhagen, Gynau (G. Doewy & Co.), Leer, Liegnitz (Wd. Krauthahn), Meissen (Nähmaschinenfabr. Biesolt & Voche), Mühlhausen i. Thüringen, Neugegendorf (G. Michan), Norden, Dels, Priebeus (D. F. Schulze), Rem- scheid, Saalfeld (Oberrühle), Stolp i. Pomern;

**Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Darmstadt, Lübeck, Nordenham, Rostock, Schwabach;

**Tischlern, Drechslern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Berlin (J. Drechsler, Gubener- strasse 33), Bielefeld (Gurmann & Co.), Schönwalde;

**Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfs- arbeitern** nach Celle, Geringswalde, Gartha, Leisnig, Mellenbach (Thermometerfabrik Staschen), Schwallungen, Schweitzerhain, Waldheim;

**Modellschreibern und Stellmachern** nach Braunschweig;

**Holzarbeitern** nach Brudmühl (Barlettfabrik Reich), Kaiserlautern (Weiß & Hildebrand), Nürnberg (Hud. Richter), Stettin (Holzwarenfabrik Koppert);

**Fensterrahmennachern** nach Konstanz;

**Klavierarbeitern** nach Bonn, Mannheim (Scharf & Gaud);

**Drechslern** nach Bockenem (Rutsche & Co.), Bonn, Bernau (Mieder);

**Grumidrechslern** nach Cassel (Gvens & Pistor), Leipzig;

**Verlammterarbeitern, Horn- und Hilfsarbeitern** nach Berlin (Abramowski & Steiner);

**Korbmachern** nach Fürstenberg a. Oder, Glückstadt, Guben, Heilbronn (Schloßstein), Kößschenbroda, Magdeburg (Reinecke), Neuzelle, Schönlitz, Stralsund (Siechel), Themar (D. Röder), Schweiz;

**Hirtenmachern und Drechslern** nach Neuwied (Wirsten- fabrik Unterverlum), Rostock, Schweiz;

**Stellmachern** nach Berlin;

**Sägern und Sägewerksarbeitern** nach Allach bei München (Th. Kirsch & Söhne);

**Korbarbeitern** nach Schwerin i. M. (Zammers);

**Pantinenmachern** nach Cottbus (Fr. Reschke), Witten- berge.

In Berlin dauert der Streit der Stellmacher noch fort. Sowohl die Fabrikanten als auch die Zunftmeister machen so geringe Zugeständnisse, daß an eine Verständigung nicht zu denken ist. Unschwind haben es die Unternehmer auf einen Kampf bis aufs äußerste abgesehen. Auch die Berliner Motowagenfabrik, deren Vertrag am 31. März ab- geschlossen war, will sich anscheinend an diesem Kesselfreiben gegen unsere Organisationen beteiligen, denn sie sperre an diesem Termin ihre sämtlichen Arbeiter aus. Nun, wir werden den Herren entsprechend dienen. Zugug streng fern- halten.

In Bockenem sind die Differenzen bei Rutsche & Co. noch nicht beigelegt. Die Firma sendet uns in bezug auf unsere letzte Notiz folgende Berichtigung: „Die Klündigung der Drechsler bei der Firma Rutsche & Co. erfolgte nicht wegen Lohn Differenzen, sondern weil wir es ablehnten, zwei Drechsler andere Beschäftigung zu geben. Da dieselben die Weiterarbeit an einem Akkord, an welchem schon zwei Wochen zu vereinbarten Preisen ge- arbeitet worden war, beharrlich verweigerten. Ein Drechsler, welcher drei Wochen bei uns war, verdiente laut Abnahme- buch an dem fraglichen Artikel pro Tag 3 Mk.“

Dazu schreibt uns unser Gauvorsitzer Kollege Wolt- mann: „Ein seit einigen Wochen bei genannter Firma be- schäftigter Drechsler hatte mehrere tausend polierte Stuhl- traillen nach festgelegtem Akkordpreis angefertigt und 2,80 bis 3 Mk. täglich dabei verdient. Es sollten dann noch mehrere tausend ähnliche Traillen angefertigt werden, die nach Ansicht der Firma dieselbe Arbeitszeit, nach Ansicht der Leute aber mehr Arbeitszeit erforderten, da diese Traillen dünner und das Muster reicher sei. Obigem wie auch einem anderen seit drei Jahren dort beschäftigten Kollegen wurde erklärt, es bei dem gleichen Preise erst zu versuchen, die Firma könne nicht mehr zahlen. Beide Kollegen kamen nach genauer Prüfung und versuchsweiser Anfertigung zu der Überzeugung, des niedrigen Preises wegen die Arbeit nicht machen zu können. Dieses wurde von allen übrigen Drechs- lern bestätigt. Auch mir gegenüber wurde wiederholt seitens der Firma erklärt, den Leuten gesagt zu haben, sie sollten es versuchen. Also kann von einem Akkord, an welchem bereits zwei Wochen gearbeitet ist, nicht die Rede sein. Auch erklärte Herr Stelzer (Mitinhaber der Firma) den beiden Kollegen, als diese auf einer Zulage bestanden, andere Arbeit sei nicht vorhanden, sie sollten für einige Zeit, etwa acht Tage, an dem Auftrag arbeiten, das übrige Quantum solle dann auf alle Drechsler gleichmäßig verteilt werden. Die beiden Kollegen hatten bereits andere Arbeit vom Werkmeister erhalten, diese wurde ihnen aber von Herrn Stelzer wieder fortgenommen mit dem Bemerkten, wenn sie die Traillen für den gebotenen Preis nicht machen wollen, sei für sie keine andere Arbeit da. Es muß bemerkt werden, die in Frage kommenden Kollegen sind eingearbeitete Leute, hätten sich mit einem Aufschlag von 30 bis 40 Pf. pro Hundert zufrieden gegeben, da ihnen dann wenigstens ein Verdienst von 3 Mk. pro Tag in Aussicht stand. Auf meine Einwendung, daß solch geringe Forderung doch kaum ins Gewicht fallen könne, erklärte Herr Stelzer: Es sei durch das Verhandeln schon so viel Zeit veräußt, es handle sich jetzt nicht ums Geld, sondern ums Prinzip. Also dieses be- sagt alles.“

In Bonn dauert der Streit bei der Firma Streck un- verändert fort. Herr Streck hat jede Verhandlung mit der Begründung abgelehnt, daß er seinen Betrieb stillstehen lassen und keine Arbeiter mehr beschäftigen wolle. Tatsäch- lich bezieht er auch jetzt wieder Waren von Gupen. Von dort ist er aber schon früher so schlecht bedient worden, daß er sich genötigt sah, eine eigene Drechslerei einzurichten. Alle Anzeichen sprechen dagegen, daß er nun auf die Dauer zu den alten Verhältnissen zurückkehren will. Jedenfalls können unsere Kollegen die Entwicklung der Angelegenheit in Ruhe abwarten. Wir bitten, den Zugug von Drechslern, Bild- hauern und Schreibern auch weiter fernzuhalten.

In Braunschweig, wo es durch Nichtbewilligung der Forderungen der Viehretarbeiter zum Ausstand der letzteren kam, hat der Verein Braunschweiger Metallindustrieller eine Bekanntmachung erlassen, worin durch Unterzeichnen 15 Firmen mitteilen, daß am 11. April sämtliche Werke stillgelegt werden sollen. Sämtliche Arbeiter in der Metallindustrie gelten als entlassen. Selbst der Hofwagfabrikant Paul Rühle hat sich mit angeschlossen und bereits seinen Leuten, darunter 17 Stellmacher, gekündigt. In Betracht kommen respektive werden von der Aussperrung betroffen 6000 bis 7000 Arbeiter, darunter 480 bis 500 Holzarbeiter. Die In- dustriellen erklären, es auf einen entscheidenden Kampf an- kommen lassen zu wollen. Zugug nach Braunschweig ist fernzuhalten.

In Brudmühl sind die Differenzen bei dem Barlettfabrikanten und Sägewerksbesitzer Reichel noch nicht be-



gelegt. Selbst die hiesige Presse verurteilt das Vorgehen des Herrn Reichel. So schreibt die „Müblinger Zeitung“: „Solch ein Vorgehen gegen Arbeiter, die von der gesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit Gebrauch machen, kann nur zu Erbitterungen unter der Arbeiterschaft führen und gießt reichlich Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Wir glauben nicht fehlzugehen in der Ansicht, daß bei etwaigen Differenzen auch ein anderer Weg als Brotklosmachung hätte gefunden werden können.“ Der „Oberbayerische Gebirgsbote“ von Holzirchen schreibt: „Dieses Vorgehen der Firma scheint um so sonderbarer, als doch die Unternehmer selbst von dem Rechte, sich zu koalieren, den ausgiebigsten Gebrauch machen. Begreiflicherweise herrscht in Bruckmühl ob dieser Gewaltmaßnahmen große Erregung.“ Der Erfolg dieser brutalen Brotklosmachung ist nun der, daß selbst den verstocktesten indifferenten Arbeitern die Augen aufgehen. Die Firma Reichel, Bruckmühl, hat nun in allen größeren Städten Vertreter, es ist daher Pflicht aller Parkettbodenleger, die Legung von Riemen aus einer Fabrik zu verweigern, welche den Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthält. Zugang von Maschinenarbeitern nach Bruckmühl ist strenge fernzuhalten.

**In Burgstätt** ist die Lohnbewegung der Bau- und Möbeltischler durch Abschluß eines Vertrags mit der Innung beendet. Erreicht wurde ab 15. April 1906 eine Verkürzung der Arbeitszeit von 64 auf 61 Stunden und ab 1. April 1907 auf 59 Stunden pro Woche. Die Stundenlöhne erhöhen sich in demselben Zeitraum um 5 Pf. Bauarbeiten im Afford werden nach dem vereinbarten Tarif bezahlt. Auf alle übrigen Affordarbeiten erfolgt ein Zuschlag von 10 Prozent. Überstunden sind mit 5 bzw. 10 Pf. Zuschlag zu bezahlen. Der Vertrag hat bis 15. April 1908 Gültigkeit. In den Kollegen wird es nun sein, die Vereinbarungen in allen Werkstätten hochzuhalten.

**In Gelle** dauert der Stuhlarbeitersstreik unverändert fort. Der Termin der Mietzahlung ist versprochen, auf welchen die Fabrikanten ihre zuversichtliche Hoffnung gesetzt hatten, aber die Arbeiter sind nicht gekommen, sich anzubetteln. Die Situation ist günstig, und die Streikenden halten es aus, trotzdem es die Unternehmer durchgesetzt haben, daß die Kollegen, welche anderweitig untergebracht waren, wieder entlassen wurden. Streikbrecher sind zwei zu verzeichnen. Das schöne Wetter, welches die Streikenden anlockt, hebt ihren Mut, und sie beharren um so fester auf ihren Forderungen.

**In Göttingen** wurden, nachdem in der Werkstätte von Naumann mit 78 Kollegen die aufgestellten Forderungen in annehmbarem Verhältnis bewilligt worden sind, am 5. April in vier weiteren Werkstätten dieselben eingereicht. Es sind dieselben, wie die in Herbst gestellten (s. Herbst) und in Bernburg bereits seit 3. März bewilligten. Diese Günstigkeit der Bernburger scheint den vier Göttinger Arbeitgebern allerdings abzugehen, denn sie haben es am 7. April auf den Streik ankommen lassen. Die Kollegen werden er sucht, Göttingen die notwendige Beachtung durch Fernhaltung des Zugangs zu schenken.

**In Gisleben** sind in der Möbelfabrik von G. Berger seit 9. April sämtliche Kollegen ausständig. Im Herbst v. J. gelang es Herrn Berger, die vereinbarten Affordpreise trotz des Vertrags zu kürzen. In der weiteren Verfolgung dieses Zweckes mußten dann plötzlich 31 Kollegen aufhören, und jetzt, da er nun keine wieder bekommen kann, gibt er, statt bei sich Einfuhr zu halten, den Kollegen die Schuld und geht offen mit dem Plane um, die besten Verbandsmitglieder zu maßregeln. Über den ersten Fall, den er am 7. April ins Werk setzte, haben die Kollegen, da er mündlichen Bernunftgründen absolut unzugänglich war, mit dem Ausstand geantwortet. Vor Zugang nach hier wird deswegen gewarnt.

**In Geringswalde, Waldheim** und Umgegend ist die Lage unverändert. Am 30. März fand eine gut besuchte Frauenversammlung statt, die nach einem Referat von Frau Köhler-Dressen den ausgesprochenen ihre Sympathie aussprach. Zugang ist fernzuhalten.

**In Harburg** sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern die neunstündige Arbeitszeit, 5 Pf. Lohnzulage pro Stunde, 12 1/2 Prozent Zuschlag auf die bisherigen Affordpreise, einen Minimallohn von 50 Pf. für Möbel- und 55 Pf. für Bautischler, Garantie des Minimallohnes bei Affordarbeit, bei Arbeiten im Bau 60 respektive 65 respektive 70 Pf. pro Tag Vergütung und anderes. Eine Einigung ist mit den Unternehmern bis dahin nicht erzielt und ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Streik kommt. Die Kollegen mögen dies beachten.

**In Hirschaid** haben die Kollegen Forderungen gestellt, die Verhandlungen sind aber gescheitert; 32 Korbmacher waren deshalb gezwungen, die Arbeit niederzuliegen. Wenn bei der ersten und zweiten Verhandlung berechtigte Aussicht bestand, die Lohnbewegung auf friedlichem Wege zu erledigen so hatten wir uns getäuscht. Wenn auch Herr Schenk nachgegeben hätte, so ist sein Helfershelfer, ein Herr Reeh, der schuldige Teil, daß Herr Schenk nicht nur seine Zugeständnisse teilweise zurückgezogen hat, sondern daß er auch obendrein den Schaden mit zu tragen hat. Nachdem den Korbmachern der Kampf aufgezwungen wurde, werden sie ihn auch zu führen wissen; steht doch die Sympathie der ganzen Einwohnerschaft auf ihrer Seite. Bei den geringen Löhnen ist in der heutigen Zeit nicht mehr auszukommen, und können 5 Pf. Lohnhöhung bei einem Kinderwagen keine Rolle spielen.

**In Jena** haben die Unternehmer bezüglich der Arbeitszeit Zugeständnisse nicht gemacht, infolgedessen beschloffen die Kollegen, am 9. April die Arbeit niederzuliegen. Zugang ist fernzuhalten.

**In Konstanz** ist der Glaserstreik erfolgreich beigelegt, der Zimmererstreik dauert indessen noch an.

**In Liegnitz** stellten die Kollegen bei dem Innungsoberrmeister Ad. Krauthahn Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 Stunden bei entsprechender Lohnhöhung, worauf sie die Kündigung erhielten. In anderen Betrieben wird nur 56 Stunden pro Woche gearbeitet. Zugang ist zu meiden.

**In Lübeck** sind, nachdem der Vertrag mit der Innung am 1. April abgelaufen, auch die bei Innungsmeistern und Bauunternehmern beschäftigten Tischler in den Streik getreten. Mit den noch von den Möbelfabriken Streikenden befinden sich jetzt circa 300 Kollegen im Ausstand. Der

Kampf wird jetzt beiderseits mit aller Schärfe geführt. Die Arbeitgeber möchten größtenteils die Forderungen der Gesellen gerne bewilligen, aber der hiesige Arbeitgeberverband läßt eine Einigung mit den Gesellen auf Grund der neunstündigen Arbeitszeit nicht zu, weil die Macher fürchten, wenn erst in einem Beruf die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt ist, auch für andere dieselbe kommen muß. Andererseits denken aber die Streikenden nicht daran, denen zuliebe, die sich mit Haut und Haar dem Arbeitgeberverband verschrieben haben, auf ihre Hauptforderung zu verzichten. Der Kampf wird noch dadurch verschärft, daß der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie am 4. April ein modernes Maßregelungsbureau, genannt Arbeitsnachweise, eröffnet hat. Soweit wäre alles da, es fehlen den Herren nur noch die Gesellen. Die Lübecker Kollegen werden alles daransetzen, um die schönen Illusionen der Schaufmacher zerschanden zu machen, rechnen dabei aber auf die tatkräftigste Unterstützung der Kollegen Deutschlands durch Fernhaltung des Zugangs und Verweigerung Lübecker Streitarbeit.

**In Neigerdorf** forderten unsere Kollegen bei der Firma Michan unter anderem Anerkennung eines Affordtarifs, Einführung von Lohnbüchern, in welche der Affordpreis vor Beginn des Affordes einzutragen ist, Garantie des Stundenlohns bei außerordentlichen Arbeiten und bei Neueingestellten die ersten vier Wochen, Mindestlohn für Drechsler und Tischler von 28 Pf., für Maschinenarbeiter und Polierer von 35 Pf. pro Stunde, 5 Pf. Zuschlag auf die bisherigen Stundenlöhne, Anerkennung der Organisation. Da Herr Michan kein Entgegenkommen zeigte, reichten die Kollegen am 31. März die Kündigung ein. Die Werkstatt ist streng zu meiden.

**In Nordenham** dauert der Streik fort. Die Verhandlungen hatten bis dahin noch kein befriedigendes Resultat. Zugang von Tischlern, Drechslern, Polierern, Wildhauern und Maschinenarbeitern ist nach wie vor aufrecht zu erhalten.

**In Pforzheim** erreichten unsere Kollegen bei der Firma Weigl & Co. eine Lohnhöhung bis zu 4 Pf. pro Stunde und auf die Affordpreise einen Zuschlag von durchschnittlich 9 Prozent — auf besonders niedrige Affordpreise von bis zu 16 Prozent und 25 Prozent. Der durchschnittliche Stundenlohn ist dadurch von 41 1/2 auf 44 Pf. gestiegen. So ist es gelungen, in diesem Betrieb, wo vor drei Jahren noch große Mißstände waren, nach und nach geregelte Verhältnisse zu schaffen. Nun müßte aber endlich einmal bei den Innungsmeistern, wo noch so vieles im argen liegt, Besserung geschaffen werden. Das wird bald möglich sein, sofern die Kollegen sich mehr ihrer Pflicht gegen die Organisation erinnern.

**In Rad Reichenthal** ist es gelungen, mit dem Arbeitgeberverband einen Tarif auf drei Jahre abzuschließen. Die Arbeitszeit wird von 60 auf 56 Stunden reduziert, am Samstag ist um 5 Uhr Arbeitsschluß; die Löhne werden bei Inkrafttreten des Tarifs um 3 Pf. die Stunde und in den Jahren 1907 und 1908 um je einen weiteren Pfennig die Stunde erhöht. Der Mindestlohn beträgt 38 Pf. Überstunden werden mit 15 Pf. die Stunde, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag vergütet. Affordarbeit ist abgeschafft.

**In Schwabau** legten am 2. April die Stehleitmacher die Arbeit nieder. Sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 66 auf 60 Stunden pro Woche bei entsprechendem Lohnzuschlag. Zugang von Tischlern, Stellmachern und Stuhlbauern ist fernzuhalten.

**In Schwein** sind im Betriebe von Weinreich & Co. Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

**In Singen** stellten die Kollegen Forderungen, unter anderem auf 10 Prozent Lohnhöhung und Gewährung eines Mindestlohns von 36 Pf. pro Stunde. Da die Meister keine befriedigenden Zugeständnisse machten, reichten die Kollegen die Kündigung ein. Zugang von Schreineren nach hier ist streng fernzuhalten; den hiesigen Kollegen ist aber anzurufen, einig zum Verband zu stehen, dann werden wir auch in dieser Bewegung Erfolg haben.

**In Steinhilber** endete die Lohnbewegung der Schreiner. Maschinenisten und Säger mit vollem Erfolg bei zwei-jährigen Tarifabschluß. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 1/2 Stunden die Woche, Minimallohn für Schreiner und Maschinenisten 4,20 Mk., für Säger 3,80 Mk. pro Tag nebst einer Reihe anderer Verbesserungen. Unter anderem ist am Samstag um 5 Uhr Arbeitsschluß.

**In Stolp** sind die Differenzen bei Schlawin noch nicht beigelegt. Im Betrieb befinden sich noch der Zuschneider, ein eben angelernter Tischler und ein Stellmacher. Ein anderer Stellmacher, der als Maschinenarbeiter eingestellt war, dem aber zugemutet wurde, Türfutter zu stemmen, wurde, als er sich dessen weigerte, entlassen. Auch in anderen Bau- und Möbeltischlereien drohen Differenzen auszubrechen. Zugang ist deshalb fernzuhalten.

**In Stuttgart** sind die Forderungen der Bau- und Schreiner von den Unternehmern größtenteils abgelehnt worden. Gefordert wird unter anderem die neunzehnstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 42 Pf., für vollwertige Arbeiter 50 Pf. Die neunzehnstündige Arbeitszeit besteht bereits seit Jahren in den Bau- und Schreinerbetrieben, dagegen wollen die Werkmeister den Nehnstundentag — wie bei den Maurern und Zimmerern — so auch bei den Schreineren beibehalten. Bezüglich des Stundenlohnes bestand bisher eine außerordentlich verschiedene. So wurden Löhne von 35, 36, 38 bis 50 Pf. gezahlt. Gleich nach Beginn dieser Bewegung richtete sich das Bestreben der Unternehmer hauptsächlich dahin, die bereits seit einigen Jahren fast völlig verschwundene Affordarbeit wieder — und zwar vertragsmäßig — einzuführen. Dies wurde unverschieden runderweg abgelehnt. Darauf lehnten die beiden Unternehmerorganisationen unsere Forderungen und eine weitere Verhandlung ab. Bewilligt haben 15 Firmen, während in circa 45 Betrieben rund 400 Kollegen im Streik stehen. Außerdem haben 22 Glaser sich dem Streik angeschlossen, ohne jedoch besondere Forderungen zu stellen. Wir bitten die auswärtigen Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten.

**In Ulm** haben die Schreiner Forderungen eingereicht, und zwar fordern sie unter anderem die neunzehnstündige Arbeitszeit, 40 Pf. Minimallohn für Arbeiter über 20 Jahre, Garantie des Tagelohnes im Afford, wöchentlichen Zahlung. Die Meister haben auf diese Forderungen eine Antwort noch nicht gegeben und ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Streik kommt. Wir bitten die Kollegen, dies zu beachten.

**In Verbst** haben am 7. April die Kollegen in sämtlichen Tischlereien die Forderung auf 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 5 Pf. Lohnhöhung und 10 bzw. 25 Pf. Zuschlag für Überstundenarbeit eingereicht. Da die Entscheidungsfrist der Arbeitgeber mit 20. April abläuft, so werden die Kollegen er sucht, auf Arbeitsgelegenheit in Verbst zu verzichten.

**Ausland.**

**In Kopenhagen** sind die Pianofortetischler, wie uns vom Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter mitgeteilt wird, von sämtlichen Fabrikanten aus-gespart worden. Veranlassung hierzu gab eine von dem Pianofortefabrikanten Hindberg vorgenommene Durchbrechung des gültigen Affordtarifs. Als die Arbeiter dieser Fabrik deswegen in den Streik traten, erfolgte die allgemeine Aussperrung, von welcher 250 Arbeiter betroffen sind. Auch die Möbeltischler Kopenhagens stehen in Differenzen mit ihren Unternehmern wegen eines neuen Lohn-tarifs. Die Hauptforderungen der Möbeltischler sind die neunstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 45 Ore pro Stunde. Da zu befürchten ist, daß eine friedliche Einigung nicht zustande kommt, so werden neben den Klavierarbeitern auch die Möbeltischler dringend vor Zugang nach Kopenhagen gewarnt.

**Aus der Holzindustrie.**

**Parkettindustrie und Bautätigkeit in München.**

Uns wird geschrieben: Darüber, daß der Geschäftsgang der Parkettindustrie lediglich von der Baukonjunktur abhängt, ist, braucht wohl kein Wort verloren werden, zumal die Auswechslung alter, aufgebrauchter Böden oder die Um-legung solcher nicht von Belang ist, auch gewinnt in den letzten Jahren die Legung von Einoletum immer mehr an Ausdehnung, und gerade die bisher lohnendste Arbeit wird dadurch der Parkettindustrie entzogen. Große Säle von Krankenhäusern und Schulhäusern, Restaurationslokale usw. sind bereits vollständig mit Einoletumbelag versehen. Den Schaden davon haben in erster Linie die Bodenleger. Die Kollegen haben auch das zusehends mißlicher werdende ihrer zukünftigen Lage erkennen gelernt und auf der Parkettlegerkonferenz im Jahre 1904 Beschlüsse gefaßt, welche bei richtiger Handhabung derselben das Übel sicher einzudämmen geeignet sind. In nachstehendem wollen wir den Kollegen den Zusammenhang der Baukonjunktur mit der Arbeitslosigkeit in amtlichen Ziffern einmal für München vor Augen führen, und es wäre zu wünschen, wenn dies auch aus anderen Städten erfolgte, denn daraus ließe sich gewiß nützbringendes Material für künftige Maßnahmen zusammenstellen. Wie leicht geschieht das auch seitens der Stuttgarter Kollegen, die in Nr. 10 der „Holzarbeiter-Zeitung“ über die Zuwanderung von Bodenlegern aus München sich beklagten, ähnlich wie vor ungefähr zehn bis fünfzehn Jahren sich die Münchener Schreiner über die Zuwanderung aus Norddeutschland und heute zum Teil noch über solche aus unserem Nachbarland Österreich-Ungarn beklagten. Wie gesagt, bei gewissenhafter Durchführung der Konferenzbeschlüsse, namentlich in bezug auf den Zentralarbeitsnachweis und praktischer Übung der gemeinsamen Solidarität in Beschaffung von Arbeit, wird und muß die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden. Man darf dabei allerdings nicht von dem bekannten Grundsatz ausgehen: „Heiliger Sanct Florian, zünd nicht mein Haus, zünd das des Nachbarn an.“ Wenn daher die Kollegen nachstehende Ziffern genau verfolgen, dann dürfte manches den Kollegen auswärts in anderem Lichte erscheinen, als dies bisher der Fall war. Nachstehend die Bautätigkeit in München nach amtlicher Zusammenstellung seit dem Jahre 1896.

Jahr	Zahl der Neubauten	Zahl der neu gebauten Wohnungen
1896	584	3332
1897	701	3630
1898	513	2829
1899	140	4750
1900	746	3349
1901	553	5234
1902	440	4229
1903	418	3394
1904	174	1481
<b>1905</b>	<b>160</b>	<b>1300</b>

In diesen Zahlen drückt sich am besten die aufsteigende Konjunktur Ende der neunziger Jahre aus und der Niedergang derselben, der 1901 begonnen und bis Ende vorigen Jahres angehalten hatte.

Die Zahl der Neubauten ist von 746 im Jahre 1900 auf 160 im Jahre 1905, gleich um 77 Prozent zurückgegangen, desgleichen die Zahl der neu hergestellten Wohnräume von 3349 im Jahre 1900 auf 1300 im Jahre 1905, das ist 60,49 Prozent weniger im Jahre 1905 oder ein Rückgang innerhalb fünf Jahren um 35 Prozent.

Stellt man die Zahlen der beiden Jahrsfüßte einander gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Neubauten	Neue Wohnungen
1896/1900	3090	21890
1901/1905	1745	15638

weniger 1345 = 77 Prozent 6252 = 40 Prozent

Diesen Ziffern entsprechend ist nicht nur der Rückgang der Zahl der beschäftigten Parkettleger am Orte, sondern auch die steigende Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen sowie die Dauer derselben bei den am Orte vorhandenen Kollegen zu verzeichnen. Im Jahre 1900 zählte die Sektion der Parkettleger 284 Mitglieder, vorhanden waren zusammen circa 270 Bodenleger. 1905 zählte die Sektion 164 Parkettleger bei zusammen circa 135 Bodenlegern am Orte, ein Rückgang um 47 Prozent. Während im Jahre 1900, mit Ausnahme von kurzen Unterbrechungen im Winter, nahezu keine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen war, betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit nach den Eintragungen in den Büchern des Parkettleger-Arbeitsnachweises im Jahre 1905 rund 14563 Tage. 163 Kollegen waren je bis 100 Tage, 43 Kollegen je 100 bis 200 Tage und 23 Kollegen über 200 Tage arbeitslos im Jahre. Von letzteren brachte es demnach im ganzen Jahre, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, der einzelne Kollege nicht einmal ganz auf drei Monate Arbeitsverdienst.



Wenn verheiratete Kollegen zu Duzenden den Wanderstab griffen und hinauswanderten in die Welt auf gut Glück, a sie die grenzenlose Not und das Glend der Familienangehörigen nicht mehr mit ansehen konnten, braucht nach dem oben Nachgewiesenen wohl niemand mehr wundernehmen. Die Ziffern sprechen eine zu deutliche Sprache auch für die gesamte Münchener Wauschreinererei, jedoch liegen hier die Verhältnisse insofern etwas günstiger, als bei den Schreineren die Kollegen eher zur Abreise zu bewegen sind und so den Arbeitsmarkt entlasten, während es sich bei den Partektlegeren der überwiegenden Mehrzahl nur um verheiratete Kollegen handelt. Dieselben Ziffern oder zum mindesten ähnliche könnten aus einer Anzahl anderer Städte zusammengestellt werden, wenn die Statistik dort besser gepflegt würde, und es steht zu erwarten, daß die Sektionen der Partektleger hervorzuheben die nötige Ausanwendung ziehen und die entarttariffkommission recht fleißig mit der Einsendung der Situationsberichte unterstützen. Desgleichen ist zu erhoffen, daß in Zukunft die Partektleger sich nicht nur des Zentralarbeitsnachweises in schlechten Zeiten erinnern, sondern auch in guten, um arbeitslosen Kollegen Arbeit verschaffen können. Durch Verheimlichung täuscht man sich nur, in dem Arbeitslose eben dann auf gut Glück die Orte aufsuchen, während es durch einen gut funktionierenden Zentralnachweis möglich ist, den tüchtigen arbeitslosen Verbandskollegen zu helfen und ihnen auch hierin unsere gemeinsame Solidarität zu bekunden.

**Renommisterei des Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaftsvereins.** Zu diesem Thema schreibt man uns: Um dem Gewerkschaftsverein nach außen hin wenigstens den Anschein einiger Bedeutung zu geben, versuchen es seine Funktionäre mit allen möglichen Phrasen. So wird unter anderem in Nr. 12 der "Eiche" unter "Differenzen" von Haynau berichtet, daß es in einem Streit in der Niederschlesischen Spezial-Möbelfabrik dem Eingreifen ihres Kollegen Kemmer aus Langendelungen sei, eine Einigung herbeizuführen. Das hört sich erwünscht an und groß an. Weniger imponant wirkt es aber, wenn man erfährt, daß unter den 88 Streitenden sich nur Gewerkschaftler befanden.

Weiter berichtet Nr. 13 der "Eiche" von Herrn Schüracher aus Berlin, der in einer Versammlung in Bromberg mit dem Hinweis auf Obereschlesien bemerkte: "wo der Gewerkschaftsverein an der Spitze steht". Was es mit dieser Behauptung für eine Bewandnis hat, ergibt sich aus nachfolgendem: In Weuthen zählt der Gewerkschaftsverein der Tischler 35 Mitglieder, wir dagegen 58. In Rattowitz mögen 10 Hirsche ein, während wir dort 155 Mitglieder zählen. In Königs- hütte zählen die Hirsche 0 Mitglieder, wir zirka 80. In Jährze Hirsche 0 Mitglieder, wir 35. In Gleiwitz zählen die Hirsche bei den Meistern etwa 5 Mitglieder, wir 48. In Ratibor haben die Hirsche etwa 15, wir 65 Mitglieder. In Rybnik ist uns nur bekannt, daß dort die Hirsche im vorigen Jahre eine Fahne mit Weißwasser und Weißbraun eingeweiht haben. Aber von einer Verbesserung der Lage er unter den unwürdigsten Zuständen lebenden Tischler- gesellen hat man noch nichts gehört.

Und das nennen die Hirsche "an der Spitze stehen". **Deutsche Einolienwerke Hansa, Delmenhorst.** Der Betriebsergebnis im Jahr 1905 hob sich von 1.000.980 auf 1.428.001 Mk.; nach 1.190.000 (i. B. 1.040.000) Mk. Abschreibungen ergeben sich 515.952 (357.797) Mk. Nettogewinn, aus dem 16 (12 1/2) Prozent Dividende verteilt, 55.000 (37.500) Mk. Lantieren bezahlt und 75.952 (20.297) Mk. vorgetragen worden.

### Gewerkschaftliches.

#### Im Zeichen des Fortschritts.

Von ganz außerordentlichen Fortschritten kann der Metallarbeiterverband berichten. Nach seiner in letzter Nummer der "Metallarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Abrechnung stieg seine Mitgliederzahl im letzten Jahre von 198.964 auf 259.892, also um 60.728 = 30,52 Prozent (gegen 38.829 = 24,24 Prozent im Jahre 1904). Die Abrechnung bilanziert mit 5.647.418,30 (1904: 3.517.367,48) Mk. Die Gesamteinnahme war 5.107.717,41 (3.809.887,86) Mk., davon 71.995,60 Mk. an Beitrittsgeldern, 4.689.576,10 Mk. an Beiträgen; die Reineinnahme ist somit gegen das Vorjahr um 1.797.629,25 Mk. gestiegen. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 2.084.549,02 (829.394,39) Mk. für Streikunterstützung, 247.872,13 (192.098,14) Mk. für Reisegeb., 430.187,58 (400.808,75) Mk. für Arbeitslosen-, 103.504,55 Mk. für Gemäßregelungen, 70.623,20 Mk. für Notfall-, 51.421,62 Mk. für Umzugsunterstützung, 81.361,17 Mk. für Rechtschutz, 127.201,17 Mk. für Agitation, 177.049,88 Mk. für die "Metallarbeiter-Zeitung", 35.146,54 Mk. für persönliche und 88.837,25 Mk. für sächliche Verwaltungskosten. Das Vermögen des Verbandes (ohne Lokalkassen) stieg im Jahre 1905 von 1.548.858,13 Mk. auf 2.177.198,44 Mk., also um 628.340,31 Mk.

Selten hatte wohl eine Gewerkschaft in einem Jahre so gemaltige Fortschritte aufzuweisen, als der Metallarbeiterverband im Jahre 1905. Zum guten Teile sind diese Fortschritte auf die zahlreichen Metallarbeiteraussperrungen im letzten Jahre zurückzuführen — die Aussperrungen, die von den Unternehmern zur Vernichtung der Gewerkschaft inszeniert waren und die auch nach Ansicht einiger Parteigenossen verhängnisvoll für unsere Organisationen sein sollten, haben die Indifferenten, die sonst jeder Agitation unzugänglich waren, mit Macht der Organisation zugetrieben. Die Gewerkschaft geht aus den schweren Kämpfen gestärkt hervor, ihre Reihen sind gefüllt, ihre Reihen sind verstärkt, und mehr und besser als je ist der Metallarbeiterverband in der Lage, seine ihm gestellten gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Er hat nunmehr auch in den westdeutschen Großbetrieben festen Fuß gefaßt, die sich ein Jahrzehnt lang unzugänglich erwiesen, und auch dort macht die gewerkschaftliche Bewegung immer mehr Fortschritte. Möge bald die Zeit kommen, wo nicht nur in der Metallindustrie, wo in allen Industrien und Gewerben die Masse der Arbeiterschaft organisiert ist.

**Heinrich Meister f.** Am 5. April starb in Hannover an den Folgen eines Schlaganfalls der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Meister. Der Werkvorstand hat auch in der Gewerkschaftsbewegung eine aufopfernde und fruchtbringende Tätigkeit entfaltet. Bereits im Jahre 1865 trat er dem von Frisöhe gegründeten Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiterverein bei und war in demselben längere Zeit stellvertretender Zentralvorsitzender. Er gehörte zu den Mitbegründern des Unterstützungsvereins Deutscher Tabakarbeiter und begleitete in dieser Gewerkschaft bis zum Vorjahr das verantwortungsvolle Amt des Vorsitzenden des Ausschusses. Ein selbstloser Arbeiterführer, der Besten einer, ist mit ihm uns entziffen worden. Die Arbeiterklasse wird das Andenken Heinrich Meisters in Ehren halten.

**Der Handels- und Transportarbeiterverband** erhöhte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 40.405 auf 50.654, also um 10.249 oder rund 25 Prozent.

**Im Textilarbeiterverband** wurde durch Urabstimmung, an der sich 40.000 Mitglieder beteiligten, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 30.000 gegen 10.000 Stimmen abgelehnt. Inmehrin bedeuten die 40.000 Mitglieder, die sich beteiligten, nur die Hälfte der Mitglieder. Zur Generalversammlung, die bis Ostern in Mühlhausen i. Th. stattfindet, liegen 17 Anträge vor, die aber meist für Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung sind.

**Zentralherberge München.** Die Herberge des Gewerkschaftsvereins München ist ab 1. April von Linprunstr. 5 nach Pfenbacherstr. 4a, Nähe des Sendlinger Torplatzes, Holzstraße, verlegt. Sie ist vollständig neu eingerichtet und den reisenden Kameraden zur Benutzung zu empfehlen. Betten à 30 Pf. inklusive Wadegerlegenheit.

**Keine Arbeitswilligen nach Frankreich!** Da aus Anlaß der Bewegung zur Erringung des Achtstundentags in Frankreich zahlreiche Arbeitskonflikte in Aussicht stehen, werden die deutschen Arbeiter durch den Deutschen sozialdemokratischen Leseklub in Paris (9, Rue de Valois) aufgefordert, während der ganzen Kampfperiode in Frankreich weder Arbeit zu suchen noch anzunehmen.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (E. S. 8 in Hamburg).

Gemäß der Bestimmung des § 23 Ziffer 1 des Statuts beruft der Vorstand die 19. Generalversammlung zum 10. Juli 1906 nach Blankenburg am Harz (Vereinskassino) ein.

**Tagesordnung:** 1. Bericht der Mandatsprüfungskommission; 2. Berichte: a. des Ausschusses, h. des Vorstandes, c. des Hauptkassierers, d. des Schiedsgerichtes; 3. Statutenänderung; 4. Wahl einer Haushaltungskommission; 5. Bericht und Beschlußfassung über eingegangene Beschwerden; 6. Wahlen: a. des Sitzes und der Mitglieder für den Ausschuss und Geschäftsmänner, b. des Vorstandes, dessen Geschäftsmänner sowie der Bureaubeamten, c. des Schiedsgerichtes, d. der Hauptkassiererevidoren; 7. Erledigung sonstiger Kassenangelegenheiten. Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

### Sterbekasse für Frauen

von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc. (E. S. 3 in Hamburg).

**Vertreterversammlung.** Dieselbe findet im Anschluß an die Generalversammlung obiger Kasse statt. **Tagesordnung:** 1. Vorstands- und Kassenbericht; 2. Kassenprüfungsbericht; 3. Erledigung vorliegender Anträge; 4. Wahl des Vorstandes und dessen Geschäftsmänner; 5. Wahl von zwei Revisoren. Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (E. S. 86, Hamburg.)

Im März sandten Überschüsse ein: Siegburg 300 Mk., Berlin A 300, Berlin C 300, Nürnberg 300, Fürth 200, Burg 200, Würzel 150, Saan 150, Ebn 150, Troisdorf 100, Braunschweig 100, Hamburg I 100, Hamburg II 100, Croffen 100, Helmstedt 100, Breslau 100, München 100, Mannheim 100, Offenbach 100, Halle 50 Mk. Summa 3100 Mk. Zufluß erhielten: Wald 380, Wölpe 100, Hannover 100 Mk. Summa 580 Mk. Jul. Maßmann, Hauptkassierer, Hamburg 19.

## Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das 2. Halbjahr 1905.

Vorort	Einnahme										Ausgabe										Kassenbestand vom vorigen Halbjahr	Zahl der Versammlungen in anderen Orten	Zahl der Versammlungen neu gegründet wurden	Zahl der Kassenrevisionen	Unter- suchungen und Vermittlungen	Zahl der am Schlusse des Halbjahrs zum Gau gehörigen		Zahl der Mitglieder am Schlusse des vorigen Halbjahrs											
	Beiträge aus der Hauptkasse		Freiwillige Beiträge der Zahlstellen		Sonstige Einnahmen		Gesamteinnahme		Diäten u. Fahrgebühren für Referenten		Diäten u. Fahrgebühren für sonstige Beamte		Drucksachen und Inserate		Porto und Schreibmaterial		Persönliche Verwaltungskosten		Sonstige Ausgaben							Gesamtausgabe		in Zahlstellen	in anderen Orten	bei Streiks u. bei sonstigen Anlässen	aufträge d. Vorstandsvorstandes	Zahlstellen	männl.	weibl.	männl.	weibl.			
	M	z	M	z	M	z	M	z	M	z	M	z	M	z	M	z	M	z	M	z						M	z										M	z	M
Danzig	284	47	3878	52	84	71	—	80	3698	50	1198	21	702	39	89	35	218	76	1001	86	259	26	3470	33	228	17	104	37	3	—	31	34	2	34	22	2551	—	2198	—
Stettin	54	43	2450	—	8	—	42	2554	43	871	70	509	26	41	32	58	60	917	—	123	42	2521	29	33	14	63	13	3	—	12	23	21	8	34	2552	11	2201	3	
Breslau	392	24	5000	—	—	—	90	5482	84	1372	50	2087	15	296	55	151	12	1012	20	272	49	5192	01	290	83	125	15	1	—	30	43	15	—	36	6520	109	5725	89	
Berlin	337	87	6707	32	297	50	6	7349	59	1608	80	1776	60	131	33	140	82	1108	—	2207	42	6973	52	376	07	159	33	4	—	22	174	5	—	88	30411	212	26378	81	
Dresden	12	68	4300	—	10	—	—	4322	63	1304	30	1140	39	111	35	125	54	975	78	132	61	3789	97	532	71	117	7	5	—	15	79	36	20	53	10985	140	9867	60	
Chemnitz	181	11	3200	—	893	95	—	3725	06	1236	60	999	92	64	05	71	93	1029	—	174	32	3575	32	149	24	92	4	2	—	16	40	19	10	54	10308	341	9140	88	
Erfurt	228	29	2685	—	42	—	—	2955	29	914	35	332	30	100	89	68	94	981	33	129	80	2553	11	402	18	75	12	3	—	9	29	5	9	49	3382	28	2965	17	
Magdeburg	407	31	2450	—	—	—	—	2857	31	690	75	549	50	70	80	40	11	999	80	178	88	2529	84	327	47	69	4	2	—	14	32	6	1	35	4745	1	4329	—	
Hamburg	15	20	4300	—	—	—	—	4315	20	1255	45	1197	40	286	93	194	81	1041	—	252	30	4223	39	86	81	93	5	2	—	8	55	14	16	61	14873	78	13236	43	
Hannover	170	14	2550	—	8	—	—	2728	14	1190	55	413	40	36	50	82	61	943	—	32	94	2699	—	29	14	105	22	5	1	13	42	16	14	44	7129	30	6491	5	
Oberfeld	29	98	4850	—	4	75	—	4885	23	867	25	1304	65	9	60	59	36	1890	—	365	54	4496	40	388	83	87	12	1	—	27	172	59	22	50	6930	20	7117	—	
Frankfurt a. M.	288	01	3000	—	20	—	—	3308	01	1339	29	337	45	45	—	71	72	930	—	235	23	3008	69	299	32	109	15	1	1	11	45	9	9	56	9364	38	9550	23	
Nürnberg	24	17	2100	—	—	—	—	2124	17	631	75	139	70	123	91	42	63	934	—	194	—	2120	99	3	18	60	32	2	—	9	57	2	16	32	6327	648	5770	477	
München	495	96	3000	—	78	50	—	3574	46	1249	92	193	70	114	15	61	44	1183	10	157	87	2965	13	609	29	66	15	2	—	15	13	14	4	31	4336	134	4010	85	
Stuttgart	478	50	2700	—	52	—	45	3275	80	1388	90	273	30	99	—	176	30	999	90	292	65	3280	05	45	75	152	23	3	—	34	20	15	11	75	7303	5	6546	8	
Summa	3300	36	52670	84	999	41	186	1057156	71	17120	82	12112	10	1626	78	1559	69	15925	97	5009	23	53354	59	3802	12	1476	249	45	3	263	913	238	174	720	127716	1795	114523	932	
Im 1. Halbj. 1905	3705	63	44681	64	800	65	266	2645748	55	10333	96	11433	06	1366	07	1532	73	14914	69	6073	81	46153	82	3300	36	1106	166	23	8	202	999	171	160	680	114523	932	104139	635	
Im 2. Halbj. 1904	1648	19	36139	36	977	45	202	7037319	51	10150	07	7500	30	1868	16	1223	09	11609	39	3405	56	35262	07	3705	63	1023	136	35	7	152	696	116	118	660	104139	635	92522	533	

Im zweiten Halbjahr 1905 bezogen die Gauvorstände 52.671 Mk., das sind 5,1 Prozent der Beiträge, aus der Hauptkasse, 7989 Mk. mehr als im ersten Halbjahr 1905 und 16.532 Mk. mehr als im zweiten Halbjahr 1904. Die genannte Summe übersteigt den Gesamtbetrag des prozentualen Anteils der Gaukassen an der Summe der Beiträge um 11.683 Mk., denn die 4 Prozent ergeben 40.988 Mk. Auf die einzelnen Gauen entfallen von letzterer Summe: Danzig 853, Stettin 813, Breslau 2096, Berlin 9366, Dresden 3333, Chemnitz 3164, Erfurt 1096, Magdeburg 1543, Hamburg 4654, Hannover 2232, Oberfeld 2276, Frankfurt 3029, Nürnberg 2135, München 1460, Stuttgart 2333 Mk.

Vergleicht man diese Summen mit den in obiger Tabelle angeführten Beiträgen der Hauptkasse, so ergibt sich, daß nur die Gauen Berlin, Hamburg, Frankfurt und Nürnberg in der Lage waren, mit den 4 Prozent auszukommen. Der Zuwachs an Mitgliedern gegenüber dem ersten Halbjahr 1905 betrug 12,7 Prozent. In den einzelnen Gauen beträgt die Steigerung: Stettin 16,3, Danzig 16,0, Chemnitz 15,4, Breslau 15,0, Erfurt 14,3, Berlin 13,6, Hamburg 12,6, Dresden 12,0, Nürnberg 11,6, Stuttgart 11,5, Hannover 10,2, Frankfurt 9,7, Magdeburg 9,6, München 9,1 Prozent, dagegen ist im Gau Oberfeld ein Rückgang um 2,9 Prozent zu konstatieren. Die Zahl der veranstalteten Versammlungen ist gegenüber dem ersten Halbjahr 1905 in den Zahlstellen um 370, in anderen Orten um 83 gestiegen. In demselben Maße sind natürlich auch die Ausgaben für Diäten und Fahrgebühren an Referenten gewachsen. Neu gegründete Zahlstellen sind im zweiten Halbjahr 45 gegenüber 28 im ersten Halbjahr 1905 zu verzeichnen. Eingegangen sind nur drei Zahlstellen. Eine wesentliche Vermehrung gegenüber dem Vorjahr erfuhr auch die Zahl der vorgenommenen Kassenrevisionen, ebenso die der Untersuchungen und Vermittlungen bei Streiks und sonstigen Anlässen, sowie der Aufträge des Vorstandsvorstandes. Stuttgart, 7. April 1906. Der Vorstandsvorstand.

dem ersten Halbjahr 1905 in den Zahlstellen um 370, in anderen Orten um 83 gestiegen. In demselben Maße sind natürlich auch die Ausgaben für Diäten und Fahrgebühren an Referenten gewachsen. Neu gegründete Zahlstellen sind im zweiten Halbjahr 45 gegenüber 28 im ersten Halbjahr 1905 zu verzeichnen. Eingegangen sind nur drei Zahlstellen. Eine wesentliche Vermehrung gegenüber dem Vorjahr erfuhr auch die Zahl der vorgenommenen Kassenrevisionen, ebenso die der Untersuchungen und Vermittlungen bei Streiks und sonstigen Anlässen, sowie der Aufträge des Vorstandsvorstandes. Stuttgart, 7. April 1906. Der Vorstandsvorstand.



